

# *Protokoll*

## *der Verhandlungen*

### *des Burschentages 2005*

*vorgelegt von der Burschenschaft  
Normannia-Leipzig zu Marburg  
Vorsitzende Burschenschaft der  
Deutschen Burschenschaft im  
Geschäftsjahr 2004 / 2005*







# Protokoll der Verhandlungen des Burschentages 2005

vorgelegt von der

Burschenschaft  
Normannia-Leipzig  
zu Marburg



Vorsitzende Burschenschaft  
der Deutschen Burschenschaft  
2004 / 2005

# INHALTSVERZEICHNIS

<i>Protokoll der Verhandlungen des Burschentages 2005</i> .....	6
<b>1. Feststellung der Beschlußfähigkeit</b> .....	6
<b>2. Genehmigung der Tagesordnung</b> .....	6
<b>3. Genehmigung des Protokolls des Burschentages 2004</b> .....	8
<b>4. Suspendierungs-, Untersuchungs- und Strafverfahren</b> .....	8
<b>5. Verfahren nach Artikel 26 VerfDB</b> .....	8
<b>6. Bestätigung der Entscheidungen des Verbandsrates</b> .....	9
<b>7. Tätigkeitsberichte und Entlastungen</b> .....	10
<b>7.1 Tätigkeitsberichte und Entlastungen der Organe und Amtsträger der DB mit Ausnahme der Vorsitzenden Burschenschaft, des Schatzmeisters und der Kassenprüfer</b> .....	10
7.1.1 Bericht zur Tätigkeit des Verbandsrates.....	10
7.1.2 Tätigkeitsbericht des Verbandsobmannes für Hochschulpolitik .....	10
7.1.3 Tätigkeitsbericht des Verbandsobmannes für Schulungs-, Publikations- und Netzarbeit .....	10
7.1.4 Tätigkeitsbericht des Verbandsobmannes für Politik und Kultur.....	10
7.1.5 Tätigkeitsbericht des Verbandsobmannes für Jugendarbeit .....	10
7.1.6 Tätigkeitsbericht des Rechtsausschusses der Deutschen Burschenschaft .....	10
7.1.7 Tätigkeitsbericht des Pressereferenten der Deutschen Burschenschaft.....	11
7.1.8 Tätigkeitsbericht des Schriftleiters der Burschenschaftlichen Blätter .....	11
7.1.9 Tätigkeitsbericht des Verlagsbeauftragten .....	12
7.1.10 Tätigkeitsbericht des Netzwartes.....	12
7.1.11 Tätigkeitsbericht des Leiters von Archiv und Bücherei .....	12
7.1.12 Tätigkeitsbericht des Eisenachbeauftragten .....	12
7.1.13 Tätigkeitsbericht des Beauftragen für Ostpreußen .....	12
7.1.14 Tätigkeitsbericht des Beauftragen für Berufshilfe.....	13
7.1.15 Tätigkeitsbericht des Beauftragen für Studentenwohnheime .....	13
7.1.16 Tätigkeitsbericht des Beauftragen für den CDA .....	13
7.1.17 Tätigkeitsbericht des Beauftragen für das burschenschaftliche Fechten .....	13
<b>7.2 Tätigkeitsberichte der der DB nahestehenden Vereine und Gruppierungen</b> .....	13
7.2.1 Tätigkeitsbericht der Gesellschaft für burschenschaftliche Geschichtsforschung e. V. ....	13
7.2.2 Tätigkeitsbericht des Förderkreises Studentenhilfe e. V. ....	13
7.2.3 Tätigkeitsbericht der Burschenschaftlichen Stiftung für nationale Minderheiten- und Volksgruppenrechte in Europa .....	14
7.2.4 Tätigkeitsbericht des Burschenschaftsdenkmalverein in Eisenach e. V. ....	14
7.2.5 Tätigkeitsbericht des Denkmalerhaltungsvereins Eisenach e. V. ....	14
<b>8. Aufnahmen</b> .....	14
<b>8.1 Antrag des Altherrenverbandes der Berliner Burschenschaft Cimbrica</b> .....	14
<b>9. Haushalts- und Kassenangelegenheiten</b> .....	14
<b>9.1 Haushalts- und Vermögensabrechnung, Bericht des Schatzmeisters und der Kassenprüfer sowie deren Entlastung</b> .....	19
9.1.1 Haushaltsabrechnung für das Haushaltsjahr 2004 .....	19
9.1.2 Vermögensabrechnung.....	21
9.1.3 Geräteliste .....	22
9.1.4 Ausgereichte Darlehen zum 31.12.2004 (in EUR).....	22
9.1.5 Tätigkeitsbericht des Schatzmeisters.....	23
9.1.6 Tätigkeitsbericht der Kassenprüfer .....	23
9.1.7 Tätigkeitsbericht des Beireitungsbeauftragten .....	23
<b>9.2 Anträge zu Haushalts- und Kassenangelegenheiten</b> .....	24
9.2.1 Antrag der Vorsitzenden Burschenschaft zur Finanzierung der burschenschaftlichen Arbeit .....	24



9.2.2 Antrag der Vorsitzenden Burschenschaft zur Schaffung des Haushaltstitels „Netzwart“ .....	25
9.2.3 Antrag der Vorsitzenden Burschenschaft zur Schaffung des Haushaltstitels „Fechtbeauftragter“ .....	26
9.2.4 Antrag der Vorsitzenden Burschenschaft zur Unterstützung des DEV bei der Sanierung der Langemarck-Gedenkstätte.....	27
9.2.5 Antrag der Altherrenverbände der Burschenschaft Alania Aachen und Rugia Greifswald.....	27
9.2.6 Antrag der akad. Burschenschaft Arminia Czernowitz zu Linz auf Gewährung eines Zuschusses für den Freiheitskommers in Linz .....	28
9.2.7 Antrag der akad. Burschenschaft Oberösterreichischer Germanen in Wien auf Neuauflage des Buches „Das Vermächtnis der Urburschenschaft“ .....	29
9.2.8 Antrag des Verbandsobmannes für Jugendarbeit auf Unterstützung des ÖPR .....	30
9.2.9 (ehemals 10.1.2) Antrag der Alten Rostocker Burschenschaft Obotritia .....	35
9.2.10 (ehemals 10.1.3) Antrag des Verbandsobmannes für Jugendarbeit.....	36
9.2.11 (ehemals 9.2.9) Antrag des Schatzmeisters auf Erhöhung der Mitgliedsbeiträge .....	36
<b>9.3 Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2006.....</b>	<b>36</b>
<b>10.1 Anträge zur inneren Organisation der DB.....</b>	<b>39</b>
10.1.1 Antrag der Marburger B! Rheinfranken .....	39
<b>10.2 Anträge zum politischen Wirken der DB .....</b>	<b>40</b>
10.2.1 Antrag des Verbandsobmannes für Hochschulpolitik .....	40
10.2.2 Antrag des Verbandsobmannes für Hochschulpolitik .....	40
10.2.3 Antrag des Verbandsobmannes für Hochschulpolitik .....	41
10.2.4 Antrag des Verbandsobmannes für Jugendarbeit .....	41
10.2.5 Dringlichkeitsantrag der Marburger Burschenschaft Rheinfranken.....	43
<b>11. Generaldebatte .....</b>	<b>46</b>
<b>12. Wahlen.....</b>	<b>46</b>
12.1 Wahl einer Vorsitzenden Burschenschaft für das Geschäftsjahr 2006/2007 .....	46
12.2 Wahl des Verbandsobmannes für Politik und Kultur in den Geschäftsjahren 2006/2007 und 2007/2008.....	46
12.3 Wahl des Verbandsobmannes für Hochschulpolitik in den Geschäftsjahren 2006/2007 und 2007/2008.....	46
12.4 Wahl des Verbandsobmannes für Jugendarbeit in den Geschäftsjahren 2006/2007 und 2007/2008 .....	46
12.5 Wahl des Verbandsobmannes für Schulungs-, Publikations- und Netzarbeit in den Geschäftsjahren 2006/2007 und 2007/2008.....	47
12.6 Wahl zweier Ersatzmitglieder des Verbandsrates in den Geschäftsjahren 2006/2007 und 2007/2008.....	47
12.7 Wahl des Schatzmeisters sowie eines Stellvertreters auf drei Jahre.....	47
12.8 Wahl eines Kassenprüfers auf drei Jahre .....	47
12.9 Wahl dreier Vorstandsmitglieder der Burschenschaftlichen Stiftung auf drei Jahre .....	47
12.10 Festlegung der Amtsdauer des Schriftleiters.....	48
12.11 Wahl eines Schriftleiters der Burschenschaftlichen Blätter auf fünf Jahre .....	48
<b>13. Tätigkeitsberichte und Entlastungen der VorsDB.....</b>	<b>49</b>
13.1 Tätigkeitsbericht der Vorsitzenden Burschenschaft im Geschäftsjahr 2004/2005, der Burschenschaft Normannia-Leipzig zu Marburg.....	49
13.2 Entlastung der Vorsitzenden Burschenschaft im Geschäftsjahr 2004/2005 .....	49
<b>14. Sonstiges.....</b>	<b>49</b>
<b>11. Generaldebatte .....</b>	<b>50</b>

## Protokoll der Verhandlungen des Burschentages 2005

Ort: Werner-Aßmann-Halle, Eisenach  
Verhandlungsleiter: Stephan Giersch  
Protokollant: Alexander Schäfer  
Beginn: Freitag, 21. Mai 2005, 9.41 Uhr  
Ende: Freitag, 21. Mai 2005, 19.48 Uhr

Legende: Anfragen, Erklärungen und Anträge sind *kursiv* gedruckt.  
Angenommene Anträge sind **fett kursiv** gedruckt.

Anträge, die unter TOP 2 von der Tagesordnung genommen wurden, werden im Protokoll nicht mehr aufgeführt.

### 1. Feststellung der Beschlußfähigkeit

Vbr. Giersch eröffnet die Verhandlungen des Burschentages 2005 um 9.41 Uhr und begrüßt alle anwesenden Burschenschafter. Er bittet darum, die Wortbeiträge kurz und prägnant zu halten, Mobiltelefone abzuschalten und das Rauchverbot in der Halle zu beachten.

Der Verhandlungsleiter weist darauf hin, daß während des Burschentages bei Vbr. Weidner Anmeldungen zum Forum [www.burschentag.de](http://www.burschentag.de) möglich seien.

Der Burschentag wurde mit dem Nachrichtenblatt 292 vom 13. Dezember 2004 fristgerecht einberufen.

Von 194 stimmberechtigten Mitgliedsvereinigungen sind 168 anwesend. Die Beschlußfähigkeit liegt somit vor.

Es wird vorgeschlagen, die Redezeit auf zwei Minuten herabzusetzen. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. **Die Redezeit ist damit auf zwei Minuten herabgesetzt.**

### 2. Genehmigung der Tagesordnung

Der Verhandlungsleiter gibt bekannt, daß Vbr. Bothe aus gesundheitlichen Gründen das Amt des Schriftleiters der BBl. ab dem Burschentag zur Verfügung stelle. Daraus ergäbe sich die Notwendigkeit zur Ergänzung der Tagesordnung um die Punkte

12.10 Festlegung der Amtsdauer des Schriftleiters (Art. 50 III VerfDB) und

12.11 Wahl eines Schriftleiters der Burschenschaftlichen Blätter.

Der TOP 10.2.3 wurde vom Antragsteller zurückgezogen.

Die Tagesordnungspunkte 10.1.2 und 10.1.3 müßten, da sie im Fall ihrer Annahme finanzielle Auswirkungen nach sich zögen, vor Verabschiedung des Haushalts behandelt werden. Sie würden deshalb unter 9.2.9 und 9.2.10 behandelt werden. Aus dem alten TOP 9.2.9 werde damit TOP 9.2.11.

Es steht ein Antrag der Burschenschaften Hilaritas Stuttgart und Franco-Bavaria München auf Absetzung des Tagesordnungspunktes 10.3.1 von der Tagesordnung.

Vbr. Heimerl sen. (Hilaritas Stuttgart) regt an, statt einer Diskussion im Plenum, im kommenden Geschäftsjahr ein Seminar zur Problematik des „20. Juli“ durchzuführen und den TOP von der Tagesordnung zu nehmen.



Die erforderliche Zweidrittelmehrheit wird klar erreicht.

Der Burschentag beschließt:

***TOP 10.3.1 wird von der Tagesordnung abgesetzt.***

Der Vertreter der Teutonia Jena bittet darum, die Abstimmung über die Absetzung von 10.3.1 von der Tagesordnung erst direkt vor Aufruf des fraglichen Tagesordnungspunktes durchzuführen, da derzeit noch Gespräche über die bestmögliche Verfahrensweise geführt würden.

Der Verhandlungsleiter weist darauf hin, daß die Absetzung eines Tagesordnungspunktes ausschließlich unter dem derzeit behandelten TOP möglich sei.

Der Vertreter der Teutonia Jena bittet nun darum, unter Würdigung dieses Gesichtspunktes erneut abzustimmen.

Vbr. Korell (Frankonia Heidelberg) weist für den Rechtsausschuß darauf hin, daß keine Gegenrede gegen den Antrag auf Absetzung von der Tagesordnung geführt wurde. Die Abstimmung sei nun geschlossen und der fragliche Antrag damit wirksam und endgültig von der Tagesordnung abgesetzt.

Nunmehr wird das Abstimmungsergebnis angezweifelt und Auszählung verlangt.

Anwesend sind 169 Stimmberechtigte; die erforderliche Zweidrittelmehrheit läge somit bei 113 Stimmen.

Die Auszählung ergibt 126 Für- und 43 Gegenstimmen. Die Zweidrittelmehrheit ist somit eindeutig erreicht.

Vbr. Fahrland (Hilaritas Stuttgart) stellt den Antrag, die Tagesordnungspunkte 12.2 bis 12.6 von der Tagesordnung abzusetzen. Es sei für einen jungen Verbandsbruder unzumutbar, bereits für drei Jahre im voraus planen zu müssen

Vbr. Sanker (VorsDB) führt die Gegenrede. Er verweist darauf, daß nicht nur die Verfassung der Deutschen Burschenschaft die Wahl der Verbandsobmänner ein Jahr vor Amtsantritt vorsehe. Vielmehr sei es auch überaus wichtig, daß die designierten Verbandsobmänner – analog zur designierten Vorsitzenden, der ebenfalls ein Einarbeitungsjahr verfassungsseitig angeraten werde – sich auf ihre Aufgabe vorbereiteten. Gerade die Erfahrung der jüngsten Vergangenheit habe gezeigt, wie wichtig es für die spätere erfolgreiche Umsetzung geplanter Projekte sei, daß die Verbandsobmänner sich rechtzeitig mit dem verbandsratsinternen Prozedere und den haushaltstechnischen Möglichkeiten und Beschränkungen vertraut machten. Der Antrag auf Absetzung der Wahlen von der Tagesordnung sei deshalb unbedingt abzulehnen.

Der Antrag auf Absetzung erhält nicht die erforderliche Mehrheit.

***Die Tagesordnungspunkte 12.2 bis 12.6 verbleiben somit auf der Tagesordnung.***

Es liegt ein Dringlichkeitsantrag von Rheinfranken Marburg betreffend die Tilgung des Names des Wehrmachts-Jagdfliegers Oberst Werner Mölders bei der Bundeswehr vor:

*Der Burschentag möge beschließen:*

- 1. Die Deutsche Burschenschaft wendet sich mit dem als Anlage beigefügten Offenen Brief an den Bundesminister der Verteidigung, Herrn Dr. Peter Struck, MdB.*
- 2. Die Vorsitzende Burschenschaft wird ermächtigt, redaktionelle Änderungen vorzunehmen, wobei sie Vorschläge der einzelnen Mitgliedsvereinigungen berücksichtigen kann, die bis zum 30. Mai 2005 bei ihr eingegangen sind.*
- 3. In angemessenem zeitlichen Abstand zur Ausführung des Beschlusses zu Ziffer 1 wird die Öffentlichkeit informiert.*

*Begründung:*

*Die Dringlichkeit ergibt sich daraus, daß die im Brief erwähnten Einzelheiten erst nach Ablauf der Antragsfrist bekannt geworden sind. Eine Entscheidung der DB ist jetzt geboten, weil sie andernfalls keinen Sinn mehr macht.*

*In der Sache ergibt sich die Begründung aus dem Inhalt des Offenen Briefes. Eine mündliche Ergänzung der Begründung bleibt vorbehalten.*

Der Verhandlungsleiter verliest den Inhalt des zur Abstimmung stehenden Entwurfes des Offenen Briefes an den Bundesminister der Verteidigung.

Der Antrag wird mit deutlicher Mehrheit an- und als TOP 10.2.5 in die Tagesordnung aufgenommen.

Weitere Anträge liegen nicht vor. Die Tagesordnung steht somit in der geänderten Form zur Abstimmung und Genehmigung.

***Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form genehmigt.***

### **3. Genehmigung des Protokolls des Burschentages 2004**

Das Protokoll des Burschentages 2004 in Eisenach ist allen Mitgliedsvereinigungen fristgerecht zugegangen. Die Genehmigung bedarf der einfachen Mehrheit.

Zum Protokoll des BT 2004 liegt ein Änderungsantrag des AHV der Grazer akad. Burschenschaft Carniola vor, abgedruckt in Heft 2, S. 6 der Tagungsunterlagen. Die Antragstellerin wünscht, daß unter TOP 9.2.1 auf S. 24 das Protokolls zwischen dem zweiten und dem dritten Absatz um den Wortlaut des Beschlusses ergänzt wird:

„Der Burschentag beschließt:

Im Haushaltsplan der DB wird der Titel 123 c ‚Linzer Turm‘ ab 2005 jeweils jährlich mit einer Summe von € 1.500 dotiert. Dieser Betrag wird spätestens am 30.06. jedes Kalenderjahres an die VAB OÖ zu Linz überwiesen. Die VAB OÖ zu Linz – die den ‚Burschenschafterturm‘ treuhändisch betreut und verwaltet – berichtet jährlich dem Schatzmeister der DB über die Verwendung der Mittel.“

Gemäß § 15 II Nr. 7 GODB muß das Protokoll alle Beschlüsse im Wortlaut enthalten. Das Protokoll ist somit entsprechend zu ergänzen.

***Das geänderte Protokoll wird genehmigt.***

### **4. Suspendierungs-, Untersuchungs- und Strafverfahren**

Derzeit sind keine Verfahren anhängig. Es gibt keine Wortmeldungen. Der TOP wird geschlossen.

### **5. Verfahren nach Artikel 26 VerfDB**

Derzeit sind keine Verfahren anhängig. Es gibt keine Wortmeldungen. Der TOP wird geschlossen.



## 6. Bestätigung der Entscheidungen des Verbandsrates

Nachstehend die Entscheidungen des Verbandsrates im Geschäftsjahr 2004/05:

- VR01-04/05** Der Verbandsrat beschließt die Ressortverteilung der Verbandsobmänner.
- VR02-04/05** Der Verbandsrat genehmigt den Reisekostenausgleich für die Verbandstagung in Langemarck vom 12. bis 14. November 2004.
- VR03-04/05** Der Verbandsrat genehmigt das Programm der Verbandstagung in Langemarck vom 12. bis 14. November 2004.
- VR04-04/05** Der Verbandsrat genehmigt Tagungsablauf und Kostenkalkulation der Verbandstagung 2004/2005 in Langemarck und Kortrijk.
- VR05-04/05** Der Verbandsrat beschließt, die Nachrichtenblätter der DB nicht mehr an jede VAB, sondern nur noch an den VVAB zu versenden.
- VR06-04/05** Der Verbandsrat genehmigt Programm und Ablaufplan des BT 2005.
- VR07-04/05** Der Verbandsrat spricht sich gegen die Verwendung des DB-Logos für die Gestaltung von Bierdeckeln durch die Berghotel GmbH aus.
- VR08-04/05** Der Verbandsrat genehmigt die einmalige Verwendung des DB-Logos auf der Einladung zum Königsberg-Kommers des Hamburger Waffenringes.
- VR09-04/05** Der Verbandsrat beschließt die Durchführung eines Paukärztekongresses sowie eines Fecht- und Sekundantenseminars im April 2005 in Rostock. Die Finanzierung in Höhe von 1900,- € erfolgt aus Titel 123d.
- VR10-04/05** Der Verbandsrat beschließt die Verlängerung des patentrechtlichen Markenschutzes von DB-Logo und DB-Schriftzug. Die Kosten in Höhe von jeweils 1.150,- € werden aus Titel 103b getragen.
- VR11-04/05** Der Verbandsrat genehmigt die Kostenkalkulation des Burschentages 2005.
- VR12-04/05** Der Verbandsrat genehmigt den Reisekostenausgleich zum Burschentag 2005.
- VR13-04/05** Der Verbandsrat beschließt die Durchführung des Königsbergkommerses mit 500,- € aus Titel 119 zu fördern.
- VR14-04/05** Der Verbandsrat beschließt die Anschaffung von Fahنشmuck für den Burschentag. Finanzierung aus Titel 124.
- VR15-04/05** Der Verbandsrat beschließt die Förderung des Braunschweiger Seminars der Braunschweiger B! Thuringia mit 150,- € aus Titel 105.
- VR16-04/05** Der Verbandsrat spricht sich für die Durchführung der Generaldebatte am BT 2005 zum Thema „Politische Kultur in Deutschland?!“ aus.
- VR17-04/05** Der Verbandsrat stellt fest, daß der BT 2005 unter keinem Motto steht. Die zum Verkauf angebotenen Devotionalien werden mit dem Aufdruck „190 Jahre Burschenschaft“ versehen.
- VR18-04/05** Der Verbandsrat beschließt wegen der 190-Jahr-Feier in Jena am BT 2005 keinen Wartburgzug gemäß BT-Beschluß IV B 4-1 (1993) durchzuführen.
- VR19-04/05** Der Verbandsrat beschließt die Einleitung eines Untersuchungsverfahrens gegen die Leipziger B! Germania

Es gibt keine Wortmeldungen.

***Die Beschlüsse des Verbandsrates werden in cumulo genehmigt.***

## **7. Tätigkeitsberichte und Entlastungen**

### ***7.1 Tätigkeitsberichte und Entlastungen der Organe und Amtsträger der DB mit Ausnahme der Vorsitzenden Burschenschaft, des Schatzmeisters und der Kassenprüfer***

#### **7.1.1 Bericht zur Tätigkeit des Verbandsrates**

Der Tätigkeitsbericht war in den Tagungsunterlagen abgedruckt.

Es gibt keine Fragen oder Wortmeldungen.

***Der Verbandsrat wird entlastet.***

#### **7.1.2 Tätigkeitsbericht des Verbandsobmannes für Hochschulpolitik**

Der Tätigkeitsbericht war in den Tagungsunterlagen abgedruckt.

Es gibt keine Fragen oder Wortmeldungen.

***Der Verbandsobmann für Hochschulpolitik wird entlastet.***

#### **7.1.3 Tätigkeitsbericht des Verbandsobmannes für Schulungs-, Publikations- und Netzarbeit**

Der Tätigkeitsbericht ist in Heft 2 der Tagungsunterlagen abgedruckt.

Es gibt keine Fragen oder Wortmeldungen.

***Der Verbandsobmann für Schulungs-, Publikations- und Netzarbeit wird entlastet.***

#### **7.1.4 Tätigkeitsbericht des Verbandsobmannes für Politik und Kultur**

Der Tätigkeitsbericht war in den Tagungsunterlagen abgedruckt.

Vbr. Beckendorf weist auf die ergänzend zu seinem Tätigkeitsbericht ausliegenden Tischvorlagen zu einem geplanten Breslau-Seminar hin. Des weiteren gibt er bekannt, daß er ebenfalls ein Seminar zum Thema „20. Juli“ durchzuführen plane.

***Vbr. Beckendorf wird als Verbandsobmann für Politik und Kultur entlastet.***

#### **7.1.5 Tätigkeitsbericht des Verbandsobmannes für Jugendarbeit**

Der Tätigkeitsbericht war in den Tagungsunterlagen abgedruckt.

Es gibt keine Fragen oder Wortmeldungen.

***Der Verbandsobmann für Jugendarbeit wird entlastet.***

#### **7.1.6 Tätigkeitsbericht des Rechtsausschusses der Deutschen Burschenschaft**

Der Tätigkeitsbericht war in den Tagungsunterlagen abgedruckt.

Es gibt keine Fragen oder Wortmeldungen.

***Der Rechtsausschuß wird entlastet.***



### 7.1.7 Tätigkeitsbericht des Pressereferenten der Deutschen Burschenschaft

Der Tätigkeitsbericht war in den Tagungsunterlagen abgedruckt.

Der Vertreter des AHV der Frankonia Bonn erkundigt sich nach dem Inhalt der im Tätigkeitsbericht erwähnten Presseerklärung „Deutsche Burschenschaft gegen NPD-Sondergesetzgebung“ und bittet weiters um Auskunft, wer die Herausgabe dieser Presseerklärung beschlossen habe.

Vbr. Rausch weist darauf hin, daß die fragliche Presseerklärung seit dem Zeitpunkt ihrer Veröffentlichung unter [www.burschentag.de](http://www.burschentag.de) für jeden Verbandsbruder zum Abruf bereit stehe. Er bittet um Verständnis, daß er den exakten Wortlaut hier nicht aus dem Gedächtnis wiederzugeben in der Lage sei. Die Herausgabe sei gemäß VerfDB im Einvernehmen zwischen Pressereferent und Vorsitzender Burschenschaft erfolgt.

Der Vertreter des AHV der Frankonia Bonn bittet darum, zumindest den ungefähren Inhalt der Presseerklärung wiederzugeben.

Vbr. Rausch bedauert, daß die Presseklärungen des eigenen Verbandes unter den eigenen Verbandsbrüdern offenbar auf so geringes Interesse stoßen würden, daß sie hier niemand kenne. Inhaltlich führt er aus, daß sich die Presseklärung auf die vom Bundestag damals geplante und mittlerweile beschlossene Verschärfung und Einschränkung des Versammlungsrechtes bezogen habe. Insbesondere sei kritisiert worden, daß die geplante Regelung sich deutlich erkennbar gegen eine bestimmte Partei, konkret: die NPD und ihre zum 8. Mai in Berlin geplante Großkundgebung richte. Dies sei eine Form der Sondergesetzgebung und gezielte Diskriminierung bestimmter politische Meinungen. Das Gesetz verstoße somit gegen jegliche demokratische Prinzipien und könne von der Burschenschaft – als Vorkämpferin dieser Prinzipien – schon aus ihrem demokratischen Selbstverständnis heraus, nicht hingenommen werden.

Frankonia Bonn dankt dem Pressereferenten für seine Ausführungen, moniert aber, daß das Fragerecht einer Mitgliedsvereinigung auf dem Burschentag in einer flapsigen Art und Weise abgebügelt worden sei.

Vbr. Rausch entschuldigt sich dafür, daß sein Tonfall als flapsig empfunden worden sei. Dies habe nicht in seiner Absicht gelegen.

#### ***Der Pressereferent wird entlastet.***

Vbr. Rausch bedankt sich für die Mitarbeit und konstruktive Kritik die ihn aus dem Verband erreicht habe und auch für die Entlastung.

### 7.1.8 Tätigkeitsbericht des Schriftleiters der Burschenschaftlichen Blätter

Der Tätigkeitsbericht war in den Tagungsunterlagen abgedruckt.

Saxo-Silesia Freiburg fragt nach, wieso die Keilbroschüre bisher nicht zur Auslieferung gekommen sei und wieso Gestaltung und Schriftbild der Burschenschaftlichen Blätter nach einigen anders gestalteten Heften wieder auf die ursprüngliche Form zurückgeführt worden sei.

Für die Herausgeberin erläutert Vbr. Sanker, daß man mit Vbr. Bothe übereingekommen sei, wieder zur alten Schriftart zurückzukehren, da die zwischenzeitliche verwendete Schrift eine zu große Laufweite aufwies. Vom Umfang her entsprächen 48 Seiten in neuer Schrift lediglich zirka 30 Seiten in der Originalschrift. Dies habe den Inhalt und Umfang der BBl. unnötig zusätzlich eingeschränkt. Da ohnehin die haushaltstechnische Beschränkung auf nicht mehr als 48 Seiten pro Heft bestehe, sei es nicht vertretbar gewesen, dieses Limit über die neue Schriftart nun de facto auf 30 Seiten weiter herabzusetzen. Die BBl. seien das Aushängeschild des Verbandes und es müsse die inhaltliche Ausgewogenheit und Breite des Themenspektrums im Vordergrund stehen, nicht ein von

einzelnen Verbandsbrüdern als angenehmer empfundenes Schriftbild, solange dies zu Lasten der Primärziele gehe.

Zur Keilbroschüre führt Vbr. Sanker aus, daß diese mittlerweile gedruckt und auch zur Verteilung am Burschentag vorgesehen seien. Allerdings habe er bisher von der Druckerei noch keine positive Rückmeldung erhalten, ob die Hefte wie vorgesehen ausgeliefert worden seien. Sollte dies nicht der Fall sein, würden Kontingente von je 75 Exemplaren jedem Bund nach dem Burschentag auf dem Postwege zugehen. Des weiteren würde das Heft als Beilage in Heft 2 oder 3/2005 der Burschenschaftlichen Blätter allen Beziehern automatisch zugehen. Weitere 10.000 Exemplare würden darüber hinaus für Nachbestellungen durch die Bünde zur Verfügung stehen.

***Der Schriftleiter der Burschenschaftlichen Blätter wird entlastet.***

#### **7.1.9 Tätigkeitsbericht des Verlagsbeauftragten**

Der Tätigkeitsbericht war in den Tagungsunterlagen abgedruckt.

Es gibt keine Fragen oder Wortmeldungen.

***Der Verlagsbeauftragte wird entlastet.***

#### **7.1.10 Tätigkeitsbericht des Netzwartes**

Der Tätigkeitsbericht war in den Tagungsunterlagen abgedruckt.

Es gibt keine Fragen oder Wortmeldungen.

***Der Netzwart wird entlastet.***

#### **7.1.11 Tätigkeitsbericht des Leiters von Archiv und Bücherei**

Der Tätigkeitsbericht war in den Tagungsunterlagen abgedruckt.

Vbr. Lönnecker weist darauf hin, daß im Foyer der Aßmann-Halle ein Teilergebnis der in seinem Bericht unter Punkt 4 erwähnten Diplomarbeit über Mythische Orte in Form einer Fotoausstellung in Augenschein genommen werden könne und bittet um zahlreiche Beachtung.

Vbr. Oldenhage (Norddeutsche und Niedersachsen Bonn) betont als Direktor des Bundesarchives, daß Vbr. Lönnecker im Archiv ganz hervorragende Arbeit leiste und der Status des Archives sich seit seiner Amtsübernahme entscheidend verbessert habe und derzeit nur als vorbildlich zu bezeichnen sei.

***Der Leiter von Archiv und Bücherei wird entlastet.***

#### **7.1.12 Tätigkeitsbericht des Eisenachbeauftragten**

Der Tätigkeitsbericht war in den Tagungsunterlagen abgedruckt.

Es gibt keine Fragen oder Wortmeldungen.

***Der Eisenachbeauftragte wird entlastet.***

#### **7.1.13 Tätigkeitsbericht des Beauftragen für Ostpreußen**

Der Tätigkeitsbericht war in den Tagungsunterlagen abgedruckt.

Es gibt keine Fragen oder Wortmeldungen.



***Der Beauftragung für Ostpreußen wird entlastet.***

#### **7.1.14 Tätigkeitsbericht des Beauftragen für Berufshilfe**

Der Tätigkeitsbericht ist in Heft 2 der Tagungsunterlagen abgedruckt.

Es gibt keine Fragen oder Wortmeldungen.

***Der Beauftragung für Berufshilfe wird entlastet.***

#### **7.1.15 Tätigkeitsbericht des Beauftragen für Studentenwohnheime**

Der Tätigkeitsbericht ist in Heft 2 der Tagungsunterlagen abgedruckt.

Es gibt keine Fragen oder Wortmeldungen.

***Der Beauftragung für Studentenwohnheime wird entlastet.***

#### **7.1.16 Tätigkeitsbericht des Beauftragen für den CDA**

Der Tätigkeitsbericht war in den Tagungsunterlagen abgedruckt.

Es gibt keine Fragen oder Wortmeldungen.

***Der Beauftragung für den CDA wird entlastet.***

#### **7.1.17 Tätigkeitsbericht des Beauftragen für das burschenschaftliche Fechten**

Der Tätigkeitsbericht war in den Tagungsunterlagen abgedruckt.

Es gibt keine Fragen oder Wortmeldungen.

***Der Beauftragung für das burschenschaftliche Fechten wird entlastet.***

### ***7.2 Tätigkeitsberichte der der DB nahestehenden Vereine und Gruppierungen***

#### **7.2.1 Tätigkeitsbericht der Gesellschaft für burschenschaftliche Geschichtsforschung e. V.**

Der Tätigkeitsbericht war in den Tagungsunterlagen abgedruckt.

Vbr. Eymann (Alania Aachen, Rugia Greifswald) bedankt sich als Vorstandsmitglied der GfbG und in Vertretung von Wbr. Hünemörder, als Vorsitzendem der GfbG, für die gute Zusammenarbeit mit dem Leiter von Archiv und Bücherei. Er kündigt an, daß die GfbG in diesem Jahr statt des bisher üblichen Kalenders mit korporationsstudentischen Motiven Unterlagen von Vbr. Kaupp als Jahresgabe veröffentlichen und verteilen werde. Im nächsten Jahr sei in Zusammenarbeit mit Vbr. Lönnecker die Auflage einer neuen Reihe geplant, von der er hoffe, daß auch diese das Interesse der Verbandsbrüder finden werde.

#### **7.2.2 Tätigkeitsbericht des Förderkreises Studentenhilfe e. V.**

Der Tätigkeitsbericht war in den Tagungsunterlagen abgedruckt.

Es gibt keine Wortmeldungen.

### **7.2.3 Tätigkeitsbericht der Burschenschaftlichen Stiftung für nationale Minderheiten- und Volksgruppenrechte in Europa**

Der Tätigkeitsbericht war in den Tagungsunterlagen abgedruckt.

Der Vertreter der Märker Berlin bedankt sich namens der Burschenschaftlichen Stiftung bei den Spendern des vergangenen Jahres. Er weist darauf hin, daß die Stiftung für ihre verschiedenen Projekte nicht nur auf finanzielle, sondern auch auf inhaltlich und persönliche Unterstützung aus Reihen der Verbandsbrüder gern zurückgreife.

### **7.2.4 Tätigkeitsbericht des Burschenschaftsdenkmalverein in Eisenach e. V.**

Der Tätigkeitsbericht war in den Tagungsunterlagen abgedruckt.

Es gibt keine Wortmeldungen.

### **7.2.5 Tätigkeitsbericht des Denkmalerhaltungsvereins Eisenach e. V.**

Der Tätigkeitsbericht war in den Tagungsunterlagen abgedruckt.

Es gibt keine Wortmeldungen.

## **8. Aufnahmen**

### ***8.1 Antrag des Altherrenverbandes der Berliner Burschenschaft Cimbria***

Vbr. Feldgen (Cimbria Berlin) und Vbr. Steffenhagen (Cimbria Berlin) stellen ihren Bund vor und verweisen auf die in den Tagungsunterlagen abgedruckten Ausführungen zum Antrag.

Der Vertreter der Gothia Berlin unterstützt den Antrag der Cimbria Berlin.

Der Verhandlungsleiter bittet die Vertreter der Cimbria Berlin, das Tagungslokal für die Abstimmung über den Antrag zu verlassen.

***Der Antrag auf Aufnahme des AHV Cimbria Berlin in die Deutsche Burschenschaft wird angenommen.***

Der Verhandlungsleiter beglückwünscht die Vertreter der Cimbria Berlin zur Wiederaufnahme in die Deutsche Burschenschaft.

Es steigt das Burschenschaftlerlied.

Vbr. Feldgen bedankt sich für die Wiederaufnahme seines Bundes. Bei den Vbr.<sup>2</sup> Korell und Giersch bedankt er sich insbesondere für die Hilfe bei der Vorbereitung des Antrages.

## **9. Haushalts- und Kassenangelegenheiten**

Vor dem Bericht des Schatzmeisters über das Kassenjahr 2004, gilt es zunächst noch die Entlastungen des Schatzmeisters und seines Stellvertreters für das Kassenjahr 2003 nachzuholen. Der Burschentag 2004 hatte zur Klärung offener Fragen bezüglich des vorvergangenen Kassenjahres eine Sonderprüfung beschlossen. Mit dieser Sonderprüfung des Kassenjahres 2003



wurde von der Vorsitzenden Herr Verbandsbruder Bellersen beauftragt, dem der Verhandlungsleiter zur Erstattung seines Berichtes das Wort erteilt.

Der Sonderprüfbericht zum Kassenjahr 2003 ist in Heft 2 der Tagungsunterlagen abgedruckt.

Vbr. Bellersen (Teutonia Freiburg) faßt das Ergebnis seiner Prüfung zusammen. Es sei festgestellt worden, daß in formaler Hinsicht einige Regelungen der Haushalts- und Kassenordnung (HKO) nicht so eingehalten worden seien wie dort festgelegt sei. Es sei aber auch anzumerken, daß aus Sicht des Prüfers einige Regelungen der HKO überarbeitungsbedürftig seien, um sie den tatsächlichen Gegebenheiten anzupassen.

Der Schwerpunkt der Prüfung lag auf dem „Transferkonto“ und der Frage, inwieweit die Entnahmen von Vbr. Maier vom „Sonderkonto Meister“, die sich im Haushaltsjahr 2003 auf 24.000 € summierten, rechtmäßig erfolgt seien. Hierzu müsse festgestellt werden, daß diese Entnahmen durch die HKO nicht gedeckt waren. Den Entnahmen ständen Gegenforderungen gegenüber, aber auch nach deren Aufrechnung sei per Saldo 31.12.2003 ein Überhang von Entnahmen in Höhe von rund 12.739 € verblieben. Im Laufe des Haushaltsjahres 2004 seien Rückzahlungen in Höhe von über 8.000 DM [sic] sowie weitere Verrechnungen erfolgt, so daß zum Zeitpunkt des Burschentages 2004 sämtliche Entnahmen zurückführt gewesen wären.

Als Ergebnis hält Vbr. Bellersen fest, daß hierin formell ein Verstoß gegen die HKO läge, in materieller Hinsicht das Geld inzwischen aber wieder dort sei, wo es hingehöre. Da der Entlastung des stellvertretenden Schatzmeister nur die Bedeutung zukäme, daß seitens der DB keinerlei Ansprüche mehr gegen diesen bestünden, könne diese aus seiner Sicht nunmehr für das Haushaltsjahr 2003 erteilt werden.

Vbr. Niederhausen (Germania Halle zu Mainz) weist darauf hin, daß Entnahmen ohne Beleg – wie im Bericht geschildert – die Frage eines strafrechtlich relevanten Verhaltens aufwerfe. Hierzu habe Franconia Münster im letzten Jahr eine Anfrage an den Rechtsausschuß gestellt, deren Beantwortung ausstehe und die er dem Burschentag bekanntzugeben bitte.

Weiter führt Vbr. Niederhausen aus, daß wenn in einem Geschäftsjahr 24.000 € ohne Beleg entnommen worden seien und am Ende des Geschäftsjahres davon 12.000 € immer noch nicht mit Beleg nachgewiesen seien, jeder GmbH-Geschäftsführer oder Vorstand einer Gesellschaft sofort sein Amt verlieren würde. Wenn darüber hinaus andere Prüfberichte aus anderen Kassenvorgängen vorlägen, wo viel Geld fehle und auch hier Geld fehle – auch wenn man der Meinung sei, Zinsen seien kein Geld – dann mache man etwas, das nicht ordnungsgemäß sei. Fremdes Geld sei sorgfältiger zu behandeln als eigenes Geld. Im übrigen sei ihm die Aussage, daß keine Regreßansprüche bestünden unverständlich, da laut Prüfbericht der Verbleib der Zinsen nach wie vor ungeklärt sei und Zinsen fraglos auch Geld seien. Eine Entlastung käme nach seinem Verständnis aufgrund der bestehenden Vorwürfe keinesfalls in Betracht.

Der Vertreter von Glückauf Clausthal richtet sich direkt an Vbr. Maier und fragt nach dem Verbleib des Geldes während des nicht belegten Zeitraumes. Des weiteren bittet er um Auskunft darüber, wie es überhaupt dazu kommen konnte, daß doppelt soviel Geld entnommen wurde, als dem Entnehmer letztendlich zugestanden hätte, zumal auch kein zeitlicher Zusammenhang zwischen Entnahmen und Rückerstattungsansprüchen erkennbar sei.

Vbr. Maier führt aus, daß der fragliche Betrag sich zum Jahresende 2003 auf einem auf seinen Namen laufenden Girokonto befunden habe. Das Geld sei nicht verzinslich angelegt gewesen, da es weitergeleitet werden sollen. Die Zeitdifferenzen zwischen Entnahmen und Beleg begründet Vbr. Maier mit verschiedenen Arbeitsbelastungen seiner Person, die ihn an einer zeitnahen Umsetzung gehindert hätten.

Vbr. Vohmann (AHV Franconia Münster) äußert sein Unverständnis darüber, daß diese Diskussion überhaupt noch geführt werden müsse und der stellvertretende Schatzmeister noch um eine

Entlastung bitte. Er erwarte eigentlich, daß der Verantwortliche die Konsequenzen trage und unverzüglich zurücktrete.

Vbr. Maier erklärt seinen Rücktritt vom Amt des stellvertretenden Schatzmeisters der Deutschen Burschenschaft. Er bittet darum, daß bei der weiteren Diskussion Fakten und nicht der Kampf gegen eine Person im Mittelpunkt stehen mögen, was in den vergangenen Tagen nicht immer der Fall gewesen sei.

Der Vertreter von Germania Halle zu Mainz erkundigt sich, ob es sich bei dem von Vbr. Maier genannten Girokonto um ein Privatkonto gehandelt habe und fragt Vbr. Bellersen, ob dieses Konto auch Gegenstand seiner Prüfung war.

Vbr. Bellersen (Teutonia Freiburg) gibt Auskunft, daß das fragliche Konto nicht zum Kreis der DB-Sonderkonten gehöre und nicht Gegenstand seiner Prüfung gewesen sei.

Der Vertreter von Glückauf Clausthal bittet, da aus dem Prüfbericht ersichtlich sei, daß unbelegte Entnahmen nicht erst 2003, sondern bereits Jahre zuvor erfolgt seien, Vbr. Schlicher um Auskunft, seit wann dies der Fall gewesen sei und ob das Geld aus früheren Jahren mittlerweile verrechnet oder der Deutschen Burschenschaft zurückerstattet worden sei.

Vbr. Schlicher führt aus, daß die Transferpraxis vor Einführung des Euro zur Einsparung von Auslandsüberweisungs- und Wechselgebühren vorgesehen habe, daß vom DB-Konto in Österreich Gelder bar abgehoben, in die Bundesrepublik verbracht, dort in DM gewechselt und auf das bundesdeutsche DB-Konto wieder eingezahlt hätte werden sollen. Da diese Einzahlungen durch Vbr. Maier trotz mehrfacher Aufforderung durch den Schatzmeister nicht erfolgt seien, habe dies 2003 schließlich Eingang in den Kassenprüfbericht finden müssen.

Außerhalb der Rednerliste erhält der Rechtsausschuß das Wort. Vbr. Korell verliest die Anfrage der Franconia Münster zur strafrechtlichen Relevanz des Handelns des stellvertretenden Schatzmeisters. Die Vorarbeiten zum diesbezüglichen Gutachten seien abgeschlossen. Es müsse jedoch noch der Prüfbericht von Vbr. Bellersen bei der abschließenden Würdigung Berücksichtigung finden, der dem Rechtsausschuß erst seit zwei Tagen vorliege. Die Entscheidung werde der Antragstellerin dementsprechend in Kürze zugehen.

Dem Vertreter der Hansea Mannheim ist weiterhin unklar, wieso Geld auf ein Privatkonto eingezahlt werde, um Geld zu sparen, ohne daß zumindest ein formaler Hinweis darauf gegeben werde, daß ein derartiger Transfer ablaufe.

Vbr. Schlicher weist darauf hin, daß die entsprechenden Transferbeträge in den vergangenen Jahren immer in der Vermögensabrechnung aufgeführt worden seien. Mittlerweile sei diese Transferpraxis durch die Einführung des Euro obsolet geworden. Daß das Geld sich auf einem Privatkonto befunden habe, sei ihm heute erstmalig zu Ohren gekommen. Bisher sei in diesem Zusammenhang immer nur von einer Barkasse die Rede gewesen.

Vbr. Niederhausen stellt den Geschäftsordnungsantrag, der Rechtsausschuß möge seine Entscheidung die Anfrage der Franconia Münster betreffend, jetzt ausformulieren und dem Burschentag vortragen, um die zur Beschlußfassung zum offenen Tagesordnungspunkt relevanten Informationen zu erhalten.

Vbr. Korell fragt die Antragstellerin, ob sie unter Verzicht auf ihr Recht der Erstzustellung des Ergebnisses einverstanden sei, daß der Rechtsausschuß die relevanten Passagen seiner Entscheidung dem Burschentag vortrage.

Dies wird vom Vertreter des AHV der Franconia Münster bejaht.

Vbr. Korell führt aus, daß von einem strafrechtlich relevanten Handeln des stellvertretenden Schatzmeisters auszugehen sei. Zu würdigen sei dabei zunächst die Art und Weise, in der der stellvertretende Schatzmeister im Rahmen seiner Berichtspflicht die Informationen geliefert habe,



die hier zu prüfen gewesen seien. Die vorgelegten Unterlagen seien im wesentlichen entweder unvollständig oder fehlerhaft gewesen. Für eine ordnungsgemäße Kassenprüfung unerläßliche Unterlagen seien teilweise überhaupt nicht vorgelegt worden. Abkürzend könne zusammengefaßt werden, daß eine vollendete Untreue zum Nachteil der Kassen der Deutschen Burschenschaft vorliege, wobei der entstandene Schaden derzeit betragsmäßig nicht einzugrenzen sei. Es könne aber von einem Mindestbetrag von 3.000 € bis 3.500 € und einem Höchstbetrag von etwa 70.000 € ausgegangen werden.

Der Vertreter von Frankonia Heidelberg hält Vbr. Maier vor, daß dieser sich über persönliche Angriffe beschwere, andererseits aber nicht zu seinen eigenen Verfehlungen stehe, wie man dies von einem Burschenschafter doch wohl erwarten dürfe. Des weiteren bittet er um Vorlage von Kontoauszügen zum Beleg, was mit den fehlenden 12.000 € zwischenzeitlich geschehen sei.

Vbr. Maier weist darauf hin, daß dem Bericht von Vbr. Bellersen zu entnehmen sei, daß der fragliche Betrag durch verschiedene Einzahlungen und Verrechnungen bis zum Burschentag 2004 auf Null reduziert worden sei. Zu den vom Rechtsausschuß genannten Zahlen von 3 bis 70 T€ könne er keine Aussage machen, da ihm nicht klar sei, auf welcher Grundlage sich diese Beträge errechneten und er bitte den Rechtsausschuß diesbezüglich um Aufklärung.

Der Vertreter der Teutonia Jena begehrt Auskunft vom Rechtsausschuß, wie die Aussage von Vbr. Bellersen, daß keinerlei Ansprüche an Vbr. Maier bestünden mit der Feststellung einer veruntreuten Summe von zwischen 3 und 70 T€ in Einklang zu bringen sei.

Vbr. Rausch beantragt zur Geschäftsordnung, daß zur Nachvollziehbarkeit der genannten Zahlen nunmehr das ganze Gutachten des Rechtsausschusses zu verlesen sei, da auf Grundlage der bisher verlesenen Auszüge die genannten Beträge nicht plausibel erschienen.

Vbr. Korell verweist darauf, daß der Straftatbestand der Untreue ein sehr ungenau gefaßter Tatbestand sei, den man bereits verwirklichen könne, ohne das Bewußtsein hierzu zu haben. Sobald fremdes Geld in irgendeiner Form mit eigenem vermischt werde, sei bereits der objektive Tatbestand der Untreue verwirklicht. Der Rechtsausschuß habe noch nicht endgültig seine Entscheidung getroffen. Dennoch bleibe der Tenor, daß nach Grund und Höhe der Deutschen Burschenschaft ein Schaden entstanden sei und das eine vollendete Untreue vorläge, aufrechterhalten. Die letzten Verästelungen des zu bewertenden Finanzgebarens seien derzeit wohl von Niemandem bis ins Detail zu durchschauen, so daß es momentan bei den genannten Näherungswerten bleiben müsse.

Vbr. Niederhausen findet es unbefriedigend, daß lediglich auf Grundlage der momentanen Situation des Kontos die Aussage getroffen werde, daß derzeit keinerlei Forderungen seitens der DB beständen und beispielsweise auf die Frage der Zinsen überhaupt nicht eingegangen werde. Des weiteren lägen ihm Prüfberichte über die VVAB-Konten vor, die die Vermutung nahelegen würden, daß das Geld, das dort fehle, zum Ausgleich des DB-Kontos verwendet worden sei. – So könne man doch nicht ernsthaft eine Entlastungsdebatte führen.

Der Vertreter der Frankonia Bonn stellt fest, daß Gelder entnommen, nicht wieder eingezahlt und nach neuester Erkenntnis nicht einer Barkasse, sondern einem Privatkonto zugeführt worden seien. Das sei nicht nur merk- und unglaubwürdig, sondern es stehe auch fest, daß die fraglichen Gelder über einen erheblichen Zeitraum der DB entzogen waren. Dies verbiete eine Entlastung.

Vbr. Gallin (Teutonia Prag zu Regensburg) stellt den Geschäftsordnungsantrag, die Entlastungsdebatte bis zum Vorliegen eines Prüfungsergebnisses und des abschließenden Rechtsausschußgutachtens zu vertagen.

Vbr. Langrehr (Ghibellinia-Leipzig zu Hannover) führt in seiner Funktion als Kassenprüfer aus, daß ihm die vom Rechtsausschuß genannten Zahlen unverständlich seien, da weder die Kassenprüfer noch Vbr. Bellersen das Bestehen irgendwelcher Forderungen an Vbr. Maier festgestellt hätten.

Vbr. Gallin wiederholt seinen Antrag auf Abbruch der Debatte bis zum Vorliegen der Prüfergebnisse.

Vbr. Kusatz (Alania Wien) stellt den Antrag auf Schluß der Debatte.

Vbr. Bellersen möchte vor Schluß der Debatte noch auf die Ausführungen von Vbr. Niederhausen Bezug nehmen. Zur geäußerten Vermutung, daß Löcher der DB-Kasse durch Entnahmen von VVAB-Konten gestopft worden seien, könne er dahingehend Stellung nehmen, daß diese Möglichkeit geprüft und als nicht gegeben festgestellt worden sei. Zur Frage der Zinsen sei relativierend anzuführen, daß die Entnahmen von einem nichtverzinslichen Girokonto erfolgt und die vom Rechtsausschuß genannten Beträge somit auch für ihn nicht nachvollziehbar seien.

Der Antrag auf Aussetzung dieses Tagesordnungspunktes wird mehrheitlich angenommen.

Vbr. Gallin fordert die Rechnungsprüfer und den Rechtsausschuß auf, bis zum nächsten Tag verwertbare Ergebnisse vorzulegen, um diese Kassenangelegenheit endlich zum Abschluß bringen und über die Entlastung oder Nichtentlastung befinden zu können.

Der Verhandlungsleiter bittet die Vbr.<sup>2</sup> Maier und Schlicher um Auskunft, ob die dazu erforderlichen Unterlagen überhaupt vorlägen.

Vbr. Schlicher erklärt, daß die von Vbr. Bellersen verwandten Unterlagen und Belege sich im Kofferraum seines Wagens hinter der Aßmann-Halle befänden.

Vbr. Niederhausen weist darauf hin, daß über den falschen Geschäftsordnungsantrag abgestimmt worden wäre, da der Antrag auf Schluß der Debatte der weitergehende gewesen sei.

Der Verhandlungsleiter unterbricht die Verhandlungen für 15 Minuten.

Vbr. Korell bestätigt die Ausführungen von Vbr. Niederhausen.

Es steht der Antrag auf Schluß der Debatte.

Vbr. Rausch führt die Gegenrede.

***Der Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.***

Vbr. Oldenhage beantragt, den Schatzmeister, Vbr. Schlicher, zu entlasten und seinen Stellvertreter, Vbr. Maier, nicht zu entlasten.

Es steht der Antrag auf Entlastung des Schatzmeisters für das Kassenjahr 2003.

***Vbr. Schlicher wird als Schatzmeister der Deutschen Burschenschaft für das Kassenjahr 2003 entlastet.***

Vbr. Schlicher bedankt sich für die ihm erteilte Entlastung.

Es steht der Antrag auf Entlastung des stellvertretenden Schatzmeisters für das Kassenjahr 2003.

***Vbr. Maier wird als gewesener stellvertretender Schatzmeister der Deutschen Burschenschaft für das Kassenjahr 2003 nicht entlastet.***

Vbr. Niederhausen äußert die Einschätzung, daß er es nicht für zulässig halte, daß der nunmehr nicht entlastete Vbr. Maier weiterhin die Ämter des Verlagsbeauftragten sowie des Akademischen Reisedienstes der Deutschen Burschenschaft wahrnehme. Er fordere Vbr. Maier auf, auch von diesen Ämtern sofort zurückzutreten.

Der Vertreter der Hansea Mannheim gibt zu bedenken, daß zunächst restlose Aufklärung zu betreiben sei, bevor derart massive Maßnahmen gefordert werden dürften.

Der Verhandlungsleiter gibt bekannt, daß die unter TOP 7.1.8 nachgefragte Sonderausgabe der Burschenschaftlichen Blätter mittlerweile eingetroffen sei und im Eingangsbereich ausläge.

**9.1 Haushalts- und Vermögensabrechnung, Bericht des Schatzmeisters und der Kassenprüfer sowie deren Entlastung**

Vbr. Schlicher gibt Änderungen zur Korrektur und Ergänzung der in den Tagungsunterlagen abgedruckten Haushaltsabrechnung zu Protokoll. Die geänderte Haushaltsabrechnung stellt sich wie folgt dar:

**9.1.1 Haushaltsabrechnung für das Haushaltsjahr 2004**

		<b>2003</b>	<b>2004</b>	<b>2004</b>
		<b>Ist</b>	<b>Plan</b>	<b>Ist</b>
<b>Einnahmen</b>				
Titel		<b>EUR</b>	<b>EUR</b>	<b>EUR</b>
001	Beiträge			
001 a	Beiträge Aktivitas	15.085,62	13.000,00	14.221,45
001 b	Beiträge AHV	228.985,14	225.000,00	214.467,77
002	Umlagen	40,90	0,00	0,00
003	Beireitungen	11.826,65	10.000,00	23.528,20
004	B.Bl.	23.469,80	16.000,00	2.000,00
005	Darlehensrückzahlungen	2.576,91	2.600,00	2.576,91
006	Zinsen	8.212,66	10.000,00	7.168,53
007	Burschentag			
007 a	Einnahmen	900,00	0,00	0,00
007 b	Reisekostenausgleich	4.360,00	3.600,00	7.899,00
008	Sonstiges	3.023,45	0,00	7.706,14
009	Steuern			
009 a	Körperschaftssteuer	0,00	0,00	6.053,13
009 b	Kapitalertragssteuer	0,00	0,00	0,00
009 c	Solidaritätszuschlag	0,00	0,00	331,89
009 d	Umsatzsteuer	0,00	0,00	1.340,88
010	Rücklagenentnahme	0,00	0,00	0,00
	<b>Gesamt</b>	<b>298.481,13</b>	<b>280.200,00</b>	<b>287.293,90</b>

  

		<b>2003</b>	<b>2004</b>	<b>2004</b>
		<b>Ist</b>	<b>Plan</b>	<b>Ist</b>
<b>Ausgaben</b>				
Titel		<b>EUR</b>	<b>EUR</b>	<b>EUR</b>
101	Burschentag			
101 a	Durchführung und Vorbereitung	24.263,73	30.000,00	24.902,02
101 b	Reisekostenausgleich	3.243,00	3.600,00	3.342,00
101 c	außergewöhnliche Belastung	0,00	1.500,00	0,00
102	Vorsitzende	9.383,47	8.500,00	6.829,27
103	Verbandsrat			
103 a	Geschäftsbedürfnisse	1.674,32	3.000,00	1.747,97
103 b	außergewöhnliche Belastung	9.180,55	2.000,00	250,00
103 c	Großveranstaltung	0,00	20.000,00	6.615,73
104	Rechtsausschuß	2.057,76	2.500,00	2.239,20
105	Verbandsobmann für Kultur, Minderheiten, Europapolitik	911,80	2.500,00	407,85

	2003	2004	2004	
	Ist	Plan	Ist	
	EUR	EUR	EUR	
106	Verbandsobmann für Hochschulpolitik	1.001,05	2.500,00	565,43
107	Verbandsobmann für Jugendarbeit	5.308,16	2.500,00	3.774,41
108	Schatzmeister, Kassenprüfer			
108 a	Reisekosten	1.938,66	2.500,00	2.244,62
108 b	Geldverkehr	317,67	600,00	692,86
108 c	Sonstiges	966,12	600,00	734,88
109	Pressereferent	3.430,77	2.000,00	1.537,81
110	Burschenschaftliche Blätter			
110 a	Aufwandsentschädigung Schriftleiter	22.998,26	23.000,00	22.996,44
110 b	Druck	38.022,54	49.000,00	28.169,85
110 c	Versand	33.367,45	35.000,00	26.273,62
110 d	Reisekosten	4.206,67	1.800,00	1.125,50
110 e	Sonstiges	544,57	1.500,00	17,88
111	Archiv/Bücherei	16.000,00	16.000,00	16.000,00
112	Geschäftsbedürfnisse			
112 a	Büromaterial	2.029,28	1.600,00	1.226,83
112 b	Porti	1.110,30	2.600,00	579,80
112 c	Telefon	1.067,46	1.500,00	1.243,27
112 d	Sonstiges	100,00	300,00	0,00
113	Unfallversicherung	937,05	1.000,00	937,05
114	CDA/AGA	8.631,17	8.000,00	8.805,66
115	Chilestipendium	11.826,99	13.000,00	12.338,00
116	Verbandsobmann für Schulungs-, Publikations- und Netzarbeit	11.968,31	9.000,00	8.825,97
117	Steuern			
117 a	Körperschaftssteuer	9.723,06	5.000,00	2.322,00
117 b	Kapitalertragssteuer	2.208,79	3.000,00	2.011,83
117 c	Solidaritätszuschlag	655,00	500,00	236,49
117 d	Umsatzsteuer	1.688,18	3.000,00	1.664,49
117 e	Zinsen	0,00	0,00	0,00
118	Gerätebeschaffung	929,48	2.500,00	191,40
119	Patenschaft Ostpreußen	2.406,40	3.500,00	3.793,56
120	Rücklagenzuführung	50.000,00	1.100,00	0,00
122	Darlehen	0,00	0,00	75.000,00
123	Zuschüsse			
123 a	Sachleistung Ostpreußen	0,00	2.000,00	2.500,00
123 b	GfbG, Lexikon	0,00	2.500,00	2.500,00
123 c	Linzer Turm	2.522,58	1.500,00	1.500,00
123 d	Sport	0,00	3.000,00	2.145,10
123 e	Kulturarbeit des DEV	2.500,00	2.500,00	2.500,00
124	Sonstiges	1.050,76	2.500,00	3.597,08
	<b>Gesamt</b>	<b>290.171,36</b>	<b>280.200,00</b>	<b>284.385,87</b>



### 9.1.2 Vermögensabrechnung

#### Anfangsbestand zum 01.01.2004

Commerzbank Kto.-Nr. 556775500	EUR	106,85	
Commerzbank Kto.-Nr. 556702900	EUR	1.562,10	
Commerzbank Kto.-Nr. 552923500	EUR	7.075,62	
Commerzbank Kto.-Nr. 556767200	EUR	1.029,14	
Raiffeisenbank Lupburg Kto.162612	EUR	5.093,25	
Depot Commerzbank 552923500	EUR	230.264,44	
Festgeld	EUR	101.252,05	EUR 346.383,45
Girokonto Wien (Barkasse)	EUR	9.846,16	
Transfer	EUR	12.739,66	EUR 22.585,82
<b>Gesamtsumme zum 01.01.2004</b>			EUR 368.969,27

#### Vorgänge 01.01.2004-31.12.2004

+ Einnahmen	EUR	287.293,90	
- Ausgaben	EUR	-284.385,87	
- Weiterleitungen	EUR	-2.545,88	
+ Differenz Kto.-Nr. 556775500	EUR	4.068,79	
+/- Differenz Kto.-Nr. 556767200	EUR	-325,41	
+ nicht realisierter Gewinn	EUR	5.252,58	<u>EUR 387.327,38</u>

#### Endbestand zum 31.12.2004 (laut Auszügen)

Commerzbank Kto.-Nr. 556775500	EUR	4.175,64	
Commerzbank Kto.-Nr. 556702900	EUR	330,32	
Commerzbank Kto.-Nr. 552923500	EUR	22.917,23	
Commerzbank Kto.-Nr. 556767200	EUR	703,73	
Raiffeisenbank Lupburg Kto.162612	EUR	2.949,62	
Depot Commerzbank 552923500	EUR	240.871,51	
Festgeld	EUR	102.284,98	EUR 374.233,03
Girokonto Wien	EUR	4.094,35	
Barkasse	EUR	0,00	
Gesamtsumme zum 31.12.2004			<u>EUR 378.327,38</u>

**Warenbestand Materialversand DB**

Der Warenbestand des Materialversandes der DB hat einen Wert von **EUR 13.498,57**

Kassenbestand des Materialversandes der DB **EUR 609,26**

**9.1.3 Geräteliste**

Gegenstand:	Standort:
1 Anrufbeantworter	Pressereferent
1 Mobiltelefon	Pressereferent
1 Telefon	Pressereferent
1 HP Office Jet	Pressereferent
1 Personal Computer	Schatzmeister
1 Tintenstrahldrucker	Schatzmeister
1 externer CD-Brenner	Schatzmeister
1 Matrixdrucker	stv. Schatzmeister
1 Personal Computer	stv. Schatzmeister
1 Kombigerät Fax/Telefon	VorsDB
1 Anrufbeantworter	VorsDB
Büromaterial, Stempel usw.	VorsDB
1 Personal Computer	VorsDB
1 Laserdrucker/Kopierer	VorsDB
1 Netzwerk BT	Eisenach

**9.1.4 Ausgereichte Darlehen zum 31.12.2004 (in EUR)**

Bund/Objekt	Darlehen	Tilgung ab mit	Stand: 01.01.2004	Tilgung bzw. Ausbuchung	Stand: 31.12.2004
Burschenhaus Bochum	60.076,80	24.09.1981 2.576,91	4.325,53	2.576,91	1.748,62
Denkmalerhaltungsverein	102.258,37	01.01.1993 10.225,84	5.262,32	0,00	5.262,32
B. Markomania Greifswald	10.225,84	28.08.2006 1.022,58	10.225,84	0,00	10.225,84
Denkmalerhaltungsverein	75.000,00	30.06.2005 15.000,00	75.000,00	0,00	75.000,00
<b>Gesamtsumme:</b>				<b>2.576,91</b>	<b>92.236,78</b>

Vbr. Brandt (Cimbria München) bezeichnet es als eine Unverschämtheit, daß zu einem Sachverhalt, mit dem sich bereits der letztjährige Burschentag habe befassen müssen, bis heute keine Unterlagen vorlägen. Es sei nicht über Entlastungen oder das letzte Kassenjahr zu reden, bevor nicht die offenen Fragen zu den vorhergehenden Kassenjahren beantwortet seien. Im Übrigen könne er nicht nachvollziehen, daß während des vergangenen Jahres offensichtlich auch nichts zur Aufklärung dieser Fragen passiert sei.



Vbr. Schlicher erklärt, daß er alle ihm vorliegenden Unterlagen dem Burschentag bzw. den Prüfern vorgelegt habe. Unterlagen, die er trotz mehrfacher Einforderung selber nicht erhalten habe, könne er auch nicht vorlegen. Im übrigen sei, was die Entlastungen betreffe, bisher nur über das Kassenjahr 2003 abgestimmt worden, während derzeit die Haushaltsabrechnung des Kassenjahres 2004 zur Debatte stehe. Das eine solle tunlichst nicht mit dem anderen verquickt werden.

#### **9.1.5 Tätigkeitsbericht des Schatzmeisters**

Der Tätigkeitsbericht war in den Tagungsunterlagen abgedruckt.

In Ergänzung hierzu verliest Vbr. Schlicher ein Fax Vbr. Kuhns (Adelphia Würzburg), des Beauftragten für die Steuererklärungen der Deutschen Burschenschaft, das ihm am 6. Mai 2005 zugeht. Vbr. Kuhn teilt mit, daß er von Vbr. Maier keine verwendbaren Unterlagen zur Erstellung ordnungsgemäßer Steuererklärungen für 2003 erhalten habe. Er sehe sich deshalb außer Stande, die steuerlichen Aufgaben der Deutschen Burschenschaft weiterhin zu betreuen. Für 2004 bitte er daher darum, eine andere Person hiermit zu beauftragen.

Des weiteren erklärt Vbr. Schlicher, daß er die Kassenabrechnung der Vorsitzenden Burschenschaft des Geschäftsjahres 2003/2004 geprüft und für in Ordnung befunde habe. Er beantrage der Alten Rostocker Burschenschaft Obotritia die finanzielle Entlastung zu erteilen.

***Obotritia Rostock wird als Vorsitzender Burschenschaft im Geschäftsjahr 2003/2004 die finanzielle Entlastung erteilt.***

#### **9.1.6 Tätigkeitsbericht der Kassenprüfer**

Der Tätigkeitsbericht war in Heft 2 der Tagungsunterlagen abgedruckt.

Vbr. Langrehr (Ghibellinia-Leipzig zu Hannover) erkundigt sich, ob es Fragen zum Bericht gebe. Das ist nicht der Fall.

Es steht der Antrag auf Entlastung des Schatzmeisters für das Kassenjahr 2004.

***Dem Schatzmeister wird für das Kassenjahr 2004 die Entlastung erteilt.***

Es steht der Antrag auf Entlastung des stellvertretenden Schatzmeisters für das Kassenjahr 2004.

***Der stellvertretende Schatzmeister wird für das Kassenjahr 2004 nicht entlastet.***

Es steht der Antrag auf Entlastung der Kassenprüfer.

***Die Kassenprüfer werden entlastet.***

#### **9.1.7 Tätigkeitsbericht des Beireitungsbeauftragten**

Der Tätigkeitsbericht war in den Tagungsunterlagen abgedruckt.

Es gibt keine Wortmeldungen.

***Der Beireitungsbeauftragte wird entlastet.***

Vbr. Hoffmann (Thessalia zu Prag in Bayreuth) verliest die Antwort des Rechtsausschusses auf eine Anfrage des AHV der Germania Halle zu Mainz. Die Anfragerin begehrt Auskunft darüber, ob es mit der Verfassung der Deutschen Burschenschaft vereinbar sei, wenn ein wesentlicher Teil des Burschentages in Jena stattfindet. Hierzu wird ausgeführt, daß unter dem Begriff des „Burschentages“ in der Verfassung lediglich die Verhandlungen des Burschentages als Organ der DB zu verstehen seien. Entsprechend sei es ohne weiteres mit der Verfassungslage vereinbar, den Festakt außerhalb Eisenachs durchzuführen.

Im übrigen handelte es sich bei dieser Anfrage um eine rein hypothetische Überlegung, da der diesjährige Festakt in Jena aufgrund eines vom Burschentag ausdrücklich genehmigten Verbandsratsbeschlusses dort stattfindet.

## **9.2 Anträge zu Haushalts- und Kassenangelegenheiten**

### **9.2.1 Antrag der Vorsitzenden Burschenschaft zur Finanzierung der burschenschaftlichen Arbeit**

Vbr. Schlicher wünscht nicht speziell zu diesem Antrag zu sprechen, sondern weist darauf hin, daß unter TOP 9.2.11 sein Antrag auf Erhöhung der Mitgliedsbeiträge zur Beschlußfassung stehe. Er führt aus, daß er diesen Antrag nur vorsorglich der Annahme aller vorhergehenden Anträge gestellt habe, da deren Finanzierung auf Grundlage der gegebenen Haushaltszahlen ansonsten unmöglich sei. Sollte zum Zeitpunkt der Verhandlung seines Antrages die Notwendigkeit zur Erhöhung der Beiträge entfallen sein, werde er den Antrag selbstverständlich zurückziehen.

Zum Antrag 9.2.1 liegt ein Änderungsantrag der Burschenschaft Hilaritas Stuttgart vor.

*Der Burschentag möge beschließen:*

*Der Haushaltstitel 103 b, außergewöhnliche Belastungen, im Ausgabenbereich Verbandsrat, wird ab dem Geschäftsjahr 2006 um 5.000 € erhöht, um Ausgaben für burschenschaftliche Arbeit abzudecken. Die Ausgaben sind von den Verbandsobleuten und Amtsträgern mit Angabe des Verwendungszweckes und einer Kalkulation dem Verbandsrat zur Entscheidung vorzulegen. Die Finanzierung erfolgt durch Verminderung der Rücklagenzuführung bzw. Einsparungen bei der Großveranstaltung (Titel 103 c), für die in den vergangenen Jahren die geplanten Haushaltsmittel ohnehin nicht voll ausgeschöpft wurden.*

*Begründung:*

*Die Haushaltsmittel der Verbandsobleute werden hauptsächlich zur Deckung laufender Ausgaben, wie Reisekosten und Bürobedarf, genutzt. Zudem werden kleinere, auf die burschenschaftliche Arbeit gerichtete Projekte, innerhalb des jeweiligen Tätigkeitsgebietes aus den Haushaltsmitteln finanziert. Eine Anhebung der einzelnen Titel der Verbandsobleute bringt den Nachteil mit sich, daß zwar die individuellen Einzelmaßnahmen ansteigen werden, jedoch die Zusammenarbeit über die Tätigkeitsgebiete hinweg vermindert wird. Die Präsentation und Diskussion der geplanten Projekte für burschenschaftliche Arbeit im Verbandsrat ermöglicht eine bessere Planung des notwendigen Finanzbedarfes und eine kritische Würdigung aus verschiedenen Perspektiven. Daher ist zur Stärkung der burschenschaftlichen Arbeit keine individuelle Titelaufstockung nötig, sondern ein gemeinschaftlicher Finanzrahmen, der auf die einzelnen Maßnahmen aufgeteilt wird.*

Vbr. Sanker weist darauf hin, daß eine derartige Vergabep Praxis der Mittel kaum realisierbar sei. Ein junger, engagierter Burschenschafter, der die Bereitschaft zur Übernahme des Amtes eines Verbandsobmannes aufbringe, müsse bereits bei seiner Kandidatur auch darauf vertrauen dürfen, daß ihm bei Amtsantritt die zur Verwirklichung seiner Projekte erforderlichen Mittel auch zur Verfügung ständen und er nicht erst noch in einen Wettbewerb um knappe Finanzmittel eintreten müsse. Neben die ohnehin für jede Einzelmaßnahme erforderliche Zustimmung des Schatzmeisters nun auch noch die des gesamten Verbandsrates setzen zu wollen, sei eine unzulässige Einschränkung der Handlungsautonomie des vom Burschentag explizit für sein Ressort gewählten Verbandsobmannes. Der Änderungsantrag sei deshalb zu verwerfen und der ursprüngliche Wortlaut zu befürworten.

Vbr. Fahrland betont, daß es ihm nicht darum gehe, keine Gelder für die burschenschaftliche Arbeit zur Verfügung zu stellen. Der ursprüngliche Antrage sehe jedoch eine Finanzierung durch Zugriff auf die Rücklagen vor. Damit sei für die Zukunft mit einer Bestandsabnahme der Rücklage zu



rechnen sei. Die Höhe des Bestandes sei aber vom Burschentag vorgegeben. Weiterhin sei das Ziel des Änderungsantrages, daß man sich nicht allein auf Einzelprojekte konzentriere, sondern innerhalb des Verbandsrates eine Abstimmung über alle Maßnahmen zur burschenschaftlichen Arbeit und damit auch eine strategische Ausrichtung erfolge. Dem Änderungsantrag sei deshalb zuzustimmen.

Vbr. Sanker führt zur faktischen Richtigstellung aus, daß das Finanzierungsmodell des Originalantrages keineswegs Entnahmen aus den Rücklagen vorsehe. Von einer Bestandsminderung könne deshalb keine Rede sein. Die Finanzierung solle vielmehr über eine entsprechend niedrigere Neuzuführung zu den Rücklagen erfolgen. Es handele sich also um ein Null-Summen-Spiel, da das von den Verbandsobmännern nicht verbrauchte Geld am Ende des Kassensjahres ohnehin wieder in die Rücklage zurückfließe.

Vbr. Schlicher verweist darauf, daß für das Haushaltsjahr 2005 die Zuführung zu den Rücklagen mit Null beziffert sei. Übrig gebliebene Beträge flössen jeweils in den laufenden Haushalt, um Mehrausgaben in anderen Bereichen abzudecken. In die Rücklagen werde nur etwas eingestellt, wenn dies vom Burschentag durch die Erhöhung der Mindesteinlage beschlossen würde oder die Haushaltsplanung einen Einnahmenüberschuß verzeichne. Er bittet um Übernahme des Änderungsantrages.

Der Änderungsantrag kommt zur Abstimmung.

#### **Der Burschentag beschließt:**

***Der Haushaltstitel 103 b, außergewöhnliche Belastungen, im Ausgabenbereich Verbandsrat, wird ab dem Geschäftsjahr 2006 um 5.000 € erhöht, um Ausgaben für burschenschaftliche Arbeit abzudecken. Die Ausgaben sind von den Verbandsobleuten und Amtsträgern mit Angabe des Verwendungszweckes und einer Kalkulation dem Verbandsrat zur Entscheidung vorzulegen. Die Finanzierung erfolgt durch Verminderung der Rücklagenzuführung bzw. Einsparungen bei der Großveranstaltung (Titel 103 c), für die in den vergangenen Jahren die geplanten Haushaltsmittel ohnehin nicht voll ausgeschöpft wurden.***

#### **9.2.2 Antrag der Vorsitzenden Burschenschaft zur Schaffung des Haushaltstitels „Netzwart“**

Zu diesem Antrag liegt ein Abänderungsantrag von Hilaritas Stuttgart vor.

*Der Burschentag möge beschließen:*

*§ 3 II HKODB wird auf der Ausgabenseite um Titel 112 e „Netzpräsenz“ erweitert. Ab dem Haushaltsjahr 2006 werden 3.000 € durch Kürzung des Titels 116 „Verbandsobmann für Schulungs-, Publikations- und Netzarbeit“ in den neu geschaffenen Titel 112 e „Netzpräsenz“ eingestellt, wodurch die finanzielle Deckung gewährleistet ist. Der Netzwart wird durch den Verbandsrat für einen jeweils durch ihn festzulegenden Zeitraum ernannt und erhält in Absprache mit der Vorsitzenden Burschenschaft und dem Schatzmeister im Rahmen seiner Tätigkeit eine Vergütung, die die geplante Ausgabe aus Titel 112 e in Summe nicht übersteigen darf.*

*Begründung:*

*Der Beauftragte für die Netzseiten wurde bisher aus dem Etat des Verbandsobmannes für Schulungs-, Publikations- und Netzarbeit bzw. der Vorsitzenden Burschenschaft finanziert. Die Arbeit des Netzwartes hat sich als unumgänglich erwiesen und sollte deshalb aus einem eigenen Titel finanziert werden. Aus diesem Grund wird ein Teil des im Haushalt vorgesehenen Betrages aus dem Titel „Verbandsobmann für Schulungs-, Publikations- und Netzarbeit“ für die Netzseiten auf den neuen Titel „Netzpräsenz“ im Bereich Geschäftsbedürfnisse übertragen. Damit steht für die Netzseitenarbeit in Zukunft ein konkretes Budget ohne zusätzliche Beanspruchung des Haushaltes*

zur Verfügung. Weiterhin werden die Ernennung des Netzwartes sowie die Grenzen seiner Vergütung geregelt, was im ursprünglichen Antrag nicht konkret spezifiziert wurde.

Vbr. Schlicher verweist darauf, daß der Netzwart sowohl im Haushalt 2005 als auch im Haushaltsplan 2006 bereits mit jeweils 3.000 € im Titel 116 berücksichtigt worden sei. Statt einer Herausplittung des Netzwartes schlage er eine Aufteilung des bestehenden Titels in 116 a und 116 b vor, wo dann der Netzwart unter „b“ geführt werden könnten. Andernfalls müsse die HKO geändert werden, wobei es fraglich wäre, ob dies möglich sei ohne daß es auf der Tagesordnung stände.

Vbr. Oldenhage bittet der Anregung von Vbr. Schlicher zu folgen. Die Einfügung neuer Titel könne aber im Rahmen einer schon mehrfach angeregten grundsätzlichen Überarbeitung der HKO erfolgen.

Beide Antragsteller ziehen ihre Anträge zugunsten des Vorschlages von Vbr. Schlicher zurück.

### **9.2.3 Antrag der Vorsitzenden Burschenschaft zur Schaffung des Haushaltstitels „Fechtbeauftragter“**

Vbr. Schlicher bittet darum, diesen Antrag zurückzuziehen, da hier die gleiche Sachlage wie beim vorhergehenden Antrag betroffen sei. Aus dem Titel 123 d „Sport“ würden zwei Veranstaltungen finanziert bzw. subventioniert, nämlich die DB-Skimeisterschaft und das Fechtseminar. Statt eines neuen Titel schlage er vor, die hier eingestellten 3.000 € lieber auf 4.500 € zu erhöhen.

Vbr. Wilke (Obotritia Rostock) nimmt als Fechtbeauftragter hierzu Stellung. Er führt aus, daß sein Ressort nicht nur mit der DB-Skimeisterschaft, sondern auch mit dem Fußballspiel am BT und anderen sportlichen Aktivitäten der DB um die Mittel des Titels 123 d konkurrieren müsse. Zweimal habe er bereits erleben müssen, daß man, wenn man hier zu spät komme, eben Pech gehabt habe. Eine lang- oder auch nur mittelfristige vernünftige Planung qualitativ hochwertiger Veranstaltungen sei auf dieser Basis unmöglich. Deshalb habe er den hier zur Abstimmung stehenden Antrag angeregt und er bitte den Burschentag, diesem Antrag die Fürstimme zu geben.

Vbr. Schlicher erwidert, daß das Fußballspiel aus dem Titel „Burschentag“ und nicht aus dem Titel „Sport“ finanziert werde. Das der Titel „Sport“ derzeit nahezu ausgereizt sei, sei darauf zurückzuführen, daß im laufenden Haushaltsjahr sowohl die Skimeisterschaft als auch eine Paukärzte- und Sekundantenseminar bereits stattgefunden hätten. Mehr als je eine Veranstaltung dieser Art sei aber pro Jahr ohnehin nicht vorgesehen. Er wiederhole aber sein Angebot, den Titel „Sport“ auf 4.500 € aufzustocken.

Vbr. Oldenhage unterstreicht, daß es gemäß HKO nicht möglich sei, jetzt einen neuen Titel zu schaffen. Gegen die Erhöhung der Einstellung habe der Schatzmeister doch gar keine Einwände. Man solle doch nach dem Vorschlag Vbr. Schlichers verfahren.

Der Verhandlungsleiter weist darauf hin, daß die Verhandlungen des Burschentages derzeit noch nicht öffentlich seien und fordert alle Zivilisten auf, das Tagungslokal zu verlassen.

Vbr. Rausch stört sich an der Aussage des Schatzmeister, daß vom Burschentag kein neuer Titel geschaffen werden könne. Was spreche denn dagegen, endlich die Kassenangelegenheit des Verbandes an die tatsächlichen Notwendigkeiten anzupassen. Die Anträge hierzu seien form- und fristgerecht gestellt worden, so daß für ihn kein Hinderungsgrund zur entsprechenden Beschlußfassung ersichtlich sei.

Vbr. Schlicher beharrt darauf, daß der Titel 123 d „Sport“ doch bereits vorhanden sei, aus dem die Skimeisterschaft und die Belange des Fechtbeauftragten finanziert würden. Er sehe keinen Sinn darin, hier nu noch eine Aufsplittung in 123 d/a und 123 d/b vorzunehmen. Das würde an der Summe nichts ändern, sondern nur einen sich dann über drei Seiten erstreckenden Haushaltsplan nach sich ziehen.



Der Antrag wird von der Antragstellerin vorbehaltlich der zugesagten Anhebung des Titels 123d auf 4.500 € und der entsprechenden Verwendungsmöglichkeit dieser Mittel durch den Fechtbeauftragten zurückgezogen.

#### **9.2.4 Antrag der Vorsitzenden Burschenschaft zur Unterstützung des DEV bei der Sanierung der Langemarck-Gedenkstätte**

Zur Konkretisierung und Klarstellung des Anliegens liegt hierzu ein Änderungsantrag der Vorsitzenden Burschenschaft vor.

*Der Burschentag möge beschließen:*

*Die Deutsche Burschenschaft stellt dem DEV 10.000 € zur Verfügung. Der Betrag wird für die Planung der dringend erforderlichen Sanierung des Langemarck-Ehrenmales auf der Göpelskuppe verwendet. Die erforderliche Summe wird aus den Rücklagen entnommen.*

*Begründung:*

*(wie in den Tagungsunterlagen abgedruckt, jedoch ergänzt um folgenden Absatz:)*

*Der Betrag ist ausschließlich für bautechnische Untersuchungen des Untergrundes sowie der Bausubstanz vorgesehen. Erforderliche Gutachten und planerische Maßnahmen sind im Vorfeld durch das Landesamt für Denkmalpflege in Erfurt vorgegeben. Das Ergebnis wird dem nächsten Burschentag vom DEV vorgelegt werden und soll als Grundlage weiterer Beschlüsse dienen.*

Vbr. Schatz (Teutonia Aachen) spricht als Vorsitzender des DEV zum Antrag. Der DEV biete der Deutschen Burschenschaft als Dienstleistung sein know how zur Feststellung der zur Sanierung des Gefallenendenkmals erforderlichen Maßnahmen an, um dieses wieder in einen ordentlichen Zustand versetzen zu können, was der DEV für dringend erforderlich erachte.

Vbr. Gallin appelliert an den Burschentag, dem Antrag zuzustimmen. Es sei das Denkmal der Deutschen Burschenschaft, man wolle dort auch weiterhin die Gedenkfeiern abhalten, also müsse man auch finanziell etwas dafür tun. Der DEV alleine könne diese Ausgaben nicht schultern.

Der Vertreter der Teutonia Jena spricht ebenfalls für die Annahme des Antrages. Die einzige Alternative sei es, die Langemarck-Gedenkstätte abzutragen und das Burschenschaftsdenkmal als das Gefallenenehrenmal aller Kriege anzusehen. Dies könne von Niemandem gewollt sein.

Vbr. Schlicher schlägt vor, die Formulierung Zuwendungen „bis maximal 10.000 €“ zu verwenden und das der Abruf nur gegen Vorlage von Rechnungen bei Anfall erfolgen solle.

Die Vorsitzende übernimmt den Änderungsantrag von Vbr. Schlicher.

***Der Burschentag beschließt:***

***Die Deutsche Burschenschaft stellt dem DEV bis maximal 10.000 € zur Verfügung. Der Betrag wird für die Planung der dringend erforderlichen Sanierung des Langemarck-Ehrenmales auf der Göpelskuppe verwendet. Die erforderliche Summe wird aus den Rücklagen entnommen und kann beim Schatzmeister gegen Vorlage entsprechender Rechnungen in Teilbeträgen abgerufen werden.***

#### **9.2.5 Antrag der Altherrenverbände der Burschenschaft Alania Aachen und Rugia Greifswald**

Vbr. Eymann erläutert als Schatzmeister der GfbG den zur Abstimmung stehenden Antrag und bittet darum die zur Erhaltung des Archives der Deutschen Burschenschaft dringend erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Vbr. Schlicher unterstützt den Antrag. Er bittet um Zustimmung, da die zusätzlichen 1.000 € pro Jahr zu verkraften seien.

***Der Burschentag beschließt:***

***Der Zuschuß der Deutschen Burschenschaft an die Gesellschaft für burschenschaftliche Geschichtsforschung e. V. (GfbG) für die sachgerechte Betreuung des Archivs und der Bücherei der Deutschen Burschenschaft wird ab dem Kalenderjahr 2006 auf 17.000 € jährlich erhöht.***

***Für das Jahr 2005 erhält die GfbG aus Titel 124 einen zusätzlichen Betrag in Höhe von 1.000 €.***

**9.2.6 Antrag der akad. Burschenschaft Arminia Czernowitz zu Linz auf Gewährung eines Zuschusses für den Freiheitskommers in Linz**

Hierzu liegt ein Abänderungsantrag der Antragstellerin vor. Dem Antrag wird hinzugefügt:

*Die Auszahlung erfolgt erst 2006 aus Titel 103 c.*

*Begründung:*

*Laut Auskunft des Schatzmeisters befinden sich im Budget 2005 dafür keine Mittel mehr.*

Vbr. Schlicher erklärt, daß dieser Antrag zwischen ihm und der Antragstellerin abgestimmt sei und bittet um Zustimmung hierzu.

Vbr. Rausch fragt die Antragstellerin, da sie nur als Mitveranstalterin des Kommerses firmiere, inwieweit sichergestellt sei, daß im Falle einer Bezuschussung durch die Deutsche Burschenschaft auch deren Interessen bei der Durchführung der Veranstaltung entsprechend gewürdigt würden. Er erkundige sich hiernach aus gegebenem Anlaß, da sich bezüglich des diesjährigen Schiller-Kommerses in Wien, den die DB maßgeblich finanziere, bei der Organisation offenbar österreichische Akademikerverbände durchgesetzt hätten, die sich gegen das Singen des Liedes der Deutschen ausgesprochen hätten. Es gehe nicht an, daß die DB einerseits stets gern als Zahlmeister herangezogen werde, dann aber das Lied ihres Vbr. Hoffmann von Fallersleben boykottiert werde.

Die Antragstellerin versichert, daß auf dem geplanten Kommers das Lied der Deutschen in allen drei Strophen steigen werde.

Der Vertreter der Frankonia Heidelberg weist darauf hin, daß bereits am Donnerstag der Festakt „190 Jahre Burschenschaft“ stattgefunden habe, kurzum die Stiftungsfeste der Jenaer Burschenschaften folgen würden. Keines dieser Stiftungsfeste werde von der DB bezuschußt, und ihm stelle sich die Frage, wieso nun ausgerechnet ein Freiheitskommers in Linz mit 1.500 € bezuschußt werden solle.

Die Antragstellerin erkundigt sich, an wen sich die Frage gerichtet habe.

Es wird ausgeführt, daß Stiftungsfeste regelmäßig interne Veranstaltungen des jeweiligen Bundes seien. Die in Österreich üblichen Großkommerse hingegen seien öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen, bei denen der Deutschen Burschenschaft eine Beteiligung gut zu Gesicht stehe.

Die Antragstellerin weist darauf hin, daß es sich bei dem geplanten Kommers nicht um das Stiftungsfest ihres Bundes handele.

Vbr. Burchhart (Olympia Wien) führt zur Anmerkung von Vbr. Rausch aus, daß er sicher sein dürfe, daß das Lied der Deutschen beim Schiller-Kommers in Wien erklingen werde.

Die Auszählung der Stimmen ergibt 101 Für- und 84 Gegenstimmen bei 2 Enthaltungen.

Da die Zahl der abgegebenen Stimmen die Zahl der anwesenden Stimmberechtigten übersteigt, wird um Neuauszählung gebeten. Der Verhandlungsleiter weist darauf hin, daß es sich um einen



Antrag mit finanziellen Auswirkungen handele und die vertagten Bünde damit ebenfalls stimmberechtigt seien.

Vbr. Heimerl jun. (Hilaritas Stuttgart) weist auf die im Foyer bei Herrn Mayer-Stedte zu erwerbende Neuauflage des Handbuches der Deutschen Burschenschaft hin. Auch die im Rahmen der Subskription bestellten Bücher könnten dort von den Bestellern gegen Unterschrift abgeholt werden. Des weiteren seien auch Krüge, Bandknöpfe und Verbandsnadeln bei Herrn Mayer-Stedte zu erwerben.

Vbr. Hoffmann weist namens des Rechtsausschusses darauf hin, daß vertagte Bünde ausschließlich bei Anträgen die Beitragshöhe betreffend stimmberechtigt seien. Die Abstimmung sei somit zu wiederholen.

Der Vertreter des AHV der Adelpia Würzburg ist der Meinung, daß nach dem Verfassungswortlaut seinem AHV ein Stimmrecht zustehe. Seine Aktivitas habe die Vertagung aufgehoben, lediglich das Stimmrecht sei noch nicht wieder aufgelebt. Entsprechend sei der AHV auch nicht eine Altherrenvereinigung, deren Aktivitas vertagt sei und somit stimmberechtigt.

Vbr. Korell stellt klar, daß die Altherrenvereinigungen untrennbar mit ihren Aktivitates verbunden seien. Das Ruhen des Stimmrechtes aufgrund einer bis vor Kurzem noch bestehenden Vertagung der Aktivitas schlage deshalb direkt auch auf den Altherrenverband durch.

Die Auszählung ergibt wiederum vier zuviel abgegebene Stimmen. Es wurden 94 Für- bei 78 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen abgegeben. Da die vier überzähligen Stimmen somit nicht entscheidungserheblich sind, ist der Antrag angenommen.

#### **Der Burschentag beschließt:**

***Die Deutsche Burschenschaft gewährt für die Durchführung des Freiheitskommerses in Linz an der Donau am Samstag, den 19.11.2005 einen Zuschuß von 1.500 € zur teilweisen Abdeckung der Organisationskosten. Die Auszahlung erfolgt erst 2006 aus Titel 103 c.***

#### **9.2.7 Antrag der akad. Burschenschaft Oberösterreichischer Germanen in Wien auf Neuauflage des Buches „Das Vermächtnis der Urburschenschaft“**

Hierzu liegt ein Abänderungsantrag der Antragstellerin vor.

*Der letzte Satz des Antrages wird gestrichen und ersetzt durch „Die Vorfinanzierung erfolgt durch die akad. Burschenschaft Oberösterreichischer Germanen in Wien.“ Begründung mündlich.*

Vbr. Öhlböck (Oberösterreichischer Germanen Wien) führt zur Begründung des Abänderungsantrages aus, daß bei der derzeitigen Finanzsituation des Verbandes man, soweit man die Möglichkeit dazu habe, auch einmal etwas geben müsse. Inhaltlich wird zum Antrag weiter angemerkt, daß das „Vermächtnis der Urburschenschaft“ nicht mit dem Handbuch der Deutschen Burschenschaft zu verwechseln sei. Das Werk sei 1952 letztmalig neu aufgelegt worden und derzeit nur noch antiquarisch zu erwerben. Es enthalte neben den Verfassungsurkunden der Urburschenschaft und den Reden zum Wartburgfest viele weitere zentrale Dokumente der burschenschaftlichen Bewegung. Zum Abschluß seiner Wortmeldung verliest Vbr. Öhlböck ein ihm wichtiges Zitat aus der Verfassungsurkunde der Allgemeinen Deutschen Burschenschaft vom 18.10.1818:

*Da nun die Allgemeine Deutsche Burschenschaft nicht an einem Orte besteht, so teilt sie sich in mehrere Burschenschaften nach den verschiedenen Hochschulen. Diese einzelnen Burschenschaften haben sich als gleiche Teile des großen Ganzen zu betrachten. Wie in jedem wohl eingerichteten Gemeinwesen der Gemeinwille über dem Willen des Einzelnen steht, so ist in der Allgemeinen Deutschen Burschenschaft der ausgesprochene Gesamtwille über jeder einzelnen Burschenschaft. Die Versammlung der Abgeordneten beginnt ihre Sitzungen in der Regel mit einer Prüfung der Verfassung der Allgemeinen Deutschen Burschenschaft, um sich zu überzeugen, ob die*

*Form noch dem Geiste entspreche, damit auf keine Weise der Geist durch den Buchstaben in seinem Fortschreiten gehemmt werde.*

#### **Der Burschentag beschließt:**

***Die Deutsche Burschenschaft legt das Buch „Vermächtnis der Urburschenschaft“ in einer Nachdruckauflage von 500 Stück neu auf. Jede Mitgliedsvereinigung (auch eine vertagte Mitgliedsvereinigung) ist verpflichtet, ein Exemplar dieses Buches zum Preis von 11,- € zuzüglich Versandkosten abzunehmen. Die Restauflage ist zu einem Preis von 15,- € zuzüglich Versandkosten zu erwerben. Die Vorfinanzierung erfolgt durch die akad. Burschenschaft Oberösterreichischer Germanen in Wien.***

#### **9.2.8 Antrag des Verbandsobmannes für Jugendarbeit auf Unterstützung des ÖPR**

Es liegt ein Abänderungsantrag von Germania Gießen zu diesem Antrag vor:

*Der Burschentag möge beschließen:*

*Die Deutsche Burschenschaft unterstützt den Österreichischen Pennälerring (ÖPR) und den Allgemeinen Pennälerring (APR) finanziell in den Jahren 2006, 2007, 2008, 2009 und 2010 mit je 3.000 € für die Erstellung eines gemeinsamen Schülerkalenders, der sowohl für Schüler in Österreich als auch in Deutschland geeignet ist. Im Gegenzug wird eine mehrseitige Anzeige der DB im Schülerkalender veröffentlicht. Die Finanzierung erfolgt aus Titel 107, der entsprechend aufgestockt wird. Zur Deckung ist ein Zugriff auf die Rücklage möglich.*

*Begründung:*

*Sowohl ÖPR als auch APR betreiben seit Jahren Keilarbeit für die Deutsche Burschenschaft. Daher sollten Projekte beider Organisationen unterstützt werden, um eine effiziente Nachwuchsarbeit durch und über die Pennalien aufrecht zu erhalten. Daher ist eine Mitfinanzierung des Schülerkalenders sinnvoll. Da jedoch der jetzige Schülerkalender primär seine Wirkung in Österreich entfaltet, weil er auf das Format der Mittelschule zugeschnitten ist, ist er für Gymnasiasten in Deutschland weniger vorteilhaft. Ein gemeinsamer Schülerkalender von ÖPR und APR, der sowohl für Mittelschulen als auch Gymnasien geeignet ist, könnte eine verbesserte Keilarbeit des ÖPR und des APR ermöglichen.*

Der Vertreter der Silesia Wien betont, daß der weitgehend burschenschaftlich besetzte Vorstand des ÖPR daran interessiert sei, seine mit dem Schülerkalender betriebenen Keilbemühungen im Sinne eines gesamtdeutschen Gedankens nicht nur auf Österreich zu beschränken, sondern auch dem APR zugute kommen zu lassen. Er bittet daher um Unterstützung dieses Antrages.

Vbr. Schlicher erklärt, daß er keine Vorbehalte gegen den ursprünglichen Antrag habe, der eine einmalige Zahlung von 3.000 € vorsehe. Mit zweimal 3.000 €, wie im Abänderungsantrag vorgesehen, gelange man jedoch in einen Bereich, der die Verabschiedung der beantragten Beitragserhöhungen erforderlich machen werde. Er schlage vor, daß beide Antragsteller gemeinsam mit ihm einen Kompromiß erarbeiten sollten.

Vbr. Gallin bezweifelt, daß eine Ausgabe in der im Abänderungsantrag vorgesehen Höhe, angemessen für ein derart kleine Werbefläche sei, die zudem in der Bundesrepublik Deutschland kaum Wirkung entfalten könne, da der Kalender ausschließlich auf Österreich zugeschnitten sei. Mit 1.000 € könne er sich einverstanden erklären, ab alles andere sei zu viel.

Der Vertreter der Germania Gießen erläutert, daß der Abänderungsantrag auf die Unterstützung beider pennalen Verbände hin ziele und entsprechend die Entwicklung eines für beide Staatsgebiete geeigneten Schülerkalenders impliziere und fordere. Eben weil der bisherige Kalender für einen Einsatz in der Bundesrepublik nicht geeignet sei, sei der Abänderungsantrag gestellt worden, denn



eine Keilarbeit durch die Pennalien sei in jedem Falle sinnvoll und unterstützenswert. Zur Findung eines Finanzierungskompromisses sei man bereit.

Der Vertreter der Silesia Wien verleiht seiner Hoffnung Ausdruck, daß die Berechnung einer Hypotenuse für österreichische und bundesdeutsche Schüler gleichermaßen relevant sei. Er führt aus, daß planungsgemäß alle für bundesdeutsche Schüler relevanten Daten, beispielsweise die hiesigen Ferientermine, im geplanten Kalender Aufnahme finden würden. Vbr. Gallin habe vielleicht eine alte Ausgabe des ÖPR-Kalenders vorgelegen, denn in der aktuellen Ausgabe seien bereits zahlreiche dieser Informationen eingearbeitet worden. Der ursprüngliche Antrag laute auf 3.000 €; selbstverständlich würde man sich auch über 6.000 € freuen, habe aber Verständnis für die Einwände des Schatzmeisters.

Vbr. Runge (Gothia Berlin) weist darauf hin, daß auch andere Dachverbände, wie beispielsweise der CC und der KSCV, bereits parat stünden, um Gelder für den Kalender bereitzustellen, um ihren Einfluß auf ÖPR und APR auszudehnen. Die Deutsche Burschenschaft sei daher gut beraten, bei der Abstimmung auch zu bedenken, welche Einflußmöglichkeiten auf die künftige Keilarbeit des Verbandes im Rahmen der Pennalien man mit einer Ablehnung des Antrages möglicherweise aus der Hand gebe. Zumindest die 3.000 € des ursprünglichen Antrages sollten daher in jedem Falle genehmigt werden.

Vbr. Fahrland (VO Jugend) weist darauf hin, daß allen Aktivitates der letztjährige Kalender zugesandt worden sei und somit alle in der Lage sein sollten zu bestätigen, daß sich dessen Ausrichtung des sowohl an ÖPR wie APR orientiere. Man habe sich daher mit Germania Gießen und dem Schatzmeister darauf geeinigt, daß der ursprüngliche Antrag sowohl auf beide pennalen Verbände ausgerichtet als auch finanziell machbar sei. Er bitte den Burschentag daher um Unterstützung des ursprünglichen Antrags.

Der Vertreter der Germania Gießen bestätigt die Ausführungen seines Vorredners und zieht den Abänderungsantrag seines Bundes zurück.

Der Vertreter der Danubia München möchte betonen, daß es auch Sache der bundesdeutschen Korporationen sei, durch Schaltung von eigenen Beiträgen und Anzeigen im Kalender den derzeit diesbezüglich bestehenden Eindruck einer österreichisch dominierten Publikation in Richtung auf eine gesamtdeutsche Ausrichtung hin zu korrigieren.

Es steht somit der ursprüngliche Antrag zur Abstimmung.

Die Stimmauszählung ergibt 90 Für- zu 85 Gegenstimmen bei 7 Enthaltungen. Es sind damit 182 Stimmen abgegeben worden, obwohl nur 170 Stimmberechtigte anwesend waren. Die Abstimmung muß wiederholt werden.

Glückauf Clausthal beantrag namentliche Abstimmung.

Der Antrag wird mit großer Mehrheit angenommen. Es folgt die namentliche Abstimmung.

Außerhalb der Rednerliste erhält Vbr. Maier das Wort. Er gibt folgende Erklärung ab:

*Herr Verhandlungsleiter, meine Herren Burschenschafter! Ich möchte dem Burschentag folgende Dinge mitteilen:*

- 1. Ich habe in den Tätigkeiten im Bereich DB/VVAB Fehler begangen.*
- 2. Die Klärung der damit einhergehenden Sachverhalte wird umgehend mit den dafür zuständigen Organen im Bereich der DB und – was gestern auch schon festgelegt wurde für den VVAB – durchgeführt und von mir aktiv ab heute unterstützt. Fehlende Informationen bzw. offene Punkte werden mit den Beteiligten nachvollzogen und – soweit ich persönlich da noch zusätzliche Informationen geben kann – werde ich die auch den entsprechenden Verbandsbrüdern zur Verfügung stellen. Sollte sich bei diesen Klärungen ergeben, daß von meiner Seite aus Rückzahlungsansprüche gegenüber der DB bzw. VVAB bestehen, so werde ich die entsprechend*

*nach Vorlage begleichen und bitte den Burschentag, diese Erklärung in dem Sinne zur Kenntnis zu nehmen, daß ich diesem Verband, den dazugehörigen Verbandsbrüdern keinerlei Schaden zufügen wollte und werde und gleichzeitig auch, sofern von meiner Seite aus ich dazu nach einer gewissen Nachdenklichkeit in der Lage bin, auch weiterhin dem Verband für gewisse Aufgaben zur Verfügung zu stehen – sofern er das möchte – und bedanke mich auch ausdrücklich bei Herrn Verbandsbruder Korell als Vorsitzender des VVAB und der DB, daß er mich auf diesen Sachverhalt nochmal in einem Gespräch hingewiesen hat. Dankeschön.*

Die namentliche Abstimmung ergibt 87 Für- und 87 Gegenstimmen bei 8 Enthaltungen. Der Antrag wäre damit abgelehnt.

Der Vertreter der Silesia Wien weist darauf hin, daß teilweise für nicht anwesende Mitgliedsvereinigungen von anderen Personen die Stimmschilder gehoben worden seien.

Der Aktivenvertreter der Germania Halle zu Mainz räumt ein, für den abwesenden Vertreter seines AHV mit abgestimmt zu haben. Die entsprechende Gegenstimme werde zurückgezogen.

Vbr. Merkel (Arminia-Rhenania München) bestätigt namens des Rechtsausschusses, daß dies zulässig und das Abstimmungsergebnis damit geändert sei.

Es wird darauf hingewiesen, daß die Addition der abgegebenen Stimmen wiederum 182 ergebe, obwohl nur 170 Stimmberechtigte anwesend seien.

Vbr. Sommer (Norddeutsche und Niedersachsen Bonn) schlägt vor, daß sich alle Mitgliedsvereinigungen aus- und anschließend wieder ordnungsgemäß einloggen sollen.

Es wird darauf hingewiesen, daß bei erfolgter Abstimmung kein Bund mehr seine Stimme zurückziehen könne, um das Ergebnis nachträglich zu verändern. Entweder gelte die alte Abstimmung oder es müsse neu abgestimmt werden.

Weiterhin wird festgestellt, daß sich die Situation geändert habe, als man erfahren habe, daß eine oder zwei Burschenschaften überhaupt nicht anwesend gewesen seien und so nicht abstimmen konnten.

Dem wird entgegnet, daß die erfolgte Abstimmung auf jeden Fall gelte. Wenn einzelne Burschenschaften ihrer Pflicht nicht nachkämen, werde deshalb die Abstimmung nicht ungültig. Diese Burschenschaften hätten gegebenenfalls die Konsequenzen in Form von Beireitungen, aber die Abstimmung sei gültig.

*Antrag zur GO:*

*Es wird noch einmal auf die Unstimmigkeiten im Ergebnis hingewiesen. 170 Stimmberechtigte seien laut Registrierungssystem im Saal, aber es wurden 182 Stimmen abgegeben. Selbst wenn zwei ihre Stimmen zurückgezogen hätten, bleibe das Ergebnis strittig. Es gehöre geklärt, wieviel Stimmberechtigte im Saal seien, bevor über die Gültigkeit der Abstimmung entschieden werde.*

Der Verhandlungsleiter weist auf die Besitzer der provisorischen Vertreterkarten hin. Es melden sich 4 Stimmberechtigte.

Es wird angemerkt, daß der Verhandlungsleiter nun auf dem richtigen Wege sei. Man besitze nun mal ein Anmeldeverfahren und wer nicht angemeldet sei, dürfe nicht abstimmen. Nur Stimmberechtigte sollten ihr Stimmschild heben und per Mikrofon sollten diese einzeln aufgerufen werden. Das letzte Ergebnis sei ungültig, da offensichtlich nicht stimmberechtigte Bünde mit abgestimmt hätten.

Der Verhandlungsleiter ordnet den Hammelsprung an.

Es wurden 177 Stimmen abgegeben. Das Ergebnis lautet: 88 Für- bei 86 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen.



Der Verhandlungsleiter weist auf die 7 überzähligen Stimmen hin.

Er schlägt vor, den Saal abzusperren, und alle 177 seien von nun an stimmberechtigt. Somit könnten endlich Entscheidungen getroffen werden.

Er bitte alle Stimmberechtigten, welche sich außerhalb des Saales aufhielten, diesen wieder zu betreten.

Vbr. Korell mahnt an, daß die Abstimmung wiederholt werden müsse, da die zugänglich gemacht wordenen Abstimmungsergebnisse einfach kein klares Votum ergäben. Selbst bei großzügiger Auslegung der Gewichtung der Stimmen nach allen Alternativen sei keine Mehrheit erreicht worden, weder für noch gegen den Antrag. Er schlage vor, über die Stimmzähler die Anwesenheit der stimmberechtigten Aktivitates und Altherrenschaften feststellen zu lassen. Die Stimmzähler zählen nur die hochgehaltenen Schilder. Wer seines unten läßt, sei eben nicht im Saale. Sollte dann eine Beschlußfähigkeit vorliegen, werde jeder einzeln aufgerufen und gebe seine Stimme ab. Auf die Computer werde aufgrund der technischen Probleme verzichtet.

Ein Vertreter der Krusenrotter zu Kiel stellt einen Antrag zur GO. Er beantragt, daß jeder Bund und jede Altherrenschaft einzeln nach vorne tritt und anhand der Liste des VL das Votum abgeben solle. Der GO-Antrag wird angenommen.

<b>Bund</b>	<b>Aktivitas</b>	<b>AHV</b>
Libertas Brunn zu Aachen	+	+
Teutonia Aachen	-	0
Thessalia Prag zu Bayreuth	-	-
Märker Berlin	-	-
Gothia Berlin	+	+
Thuringia Berlin	+	+
Normannia-Nibelungen zu Bielefeld	+	+
Arminia Prag zu Bochum	-	-
Frankonia Bonn	-	-
Marchia Bonn	-	-
Norddeutsche und Niedersachsen Bonn	-	+
ABB! der Raczezs zu Bonn	+	+
Alemannia Braunschweig	-	-
Arminia-Gothia Braunschweig	-	-
Germania Braunschweig	-	-
Thuringia Braunschweig	+	+
Glückauf Freiberg zu Clausthal	-	-
ADB! Germania	-	+
Cheruschia Dresden	+	+
Frankonia Erlangen	+	+
Frankfurt-Leipziger B! Arminia	+	-
Saxo-Silesia Freiburg	-	-
Teutonica Freiburg	-	-
Alemannia Friedberg	0	0
Ascania Friedberg	+	+
Alemannia Gießen	-	-
Germania Gießen	+	+
Dresdensia-Rugia Gießen	+	+
Hannovera Göttingen	-	-

Holzwindia Göttingen	-	-
Allemannia Graz	+	+
Arminia Graz	+	+
Markomannia Aachen Greifswald	+	+
Rugia Greifswald	+	+
Germania Hamburg	+	+
Germania Königsberg zu Hamburg	-	-
Arminia Hannover	+	+
Germania Hannover	-	-
Ghibellinia-Leipzig zu Hannover	+	+
Frankonia Heidelberg	-	-
Normannia Heidelberg	+	+
Brixia Innsbruck	+	+
Suevia Innsbruck	+	+
Arminia a.d.B.	-	-
Germania Jena	-	-
Teutonia Jena	-	-
Alemannia Königsberg zu Kiel		-
Germania Kassel	+	+
Krusenrotter Kiel	-	-
Alemannia Köln	-	-
Wartburg Köln	-	-
Cruxia Leben	+	+
Leder Leoben	+	+
Germania Leipzig	+	-
Normannia zu Leipzig	-	-
Arminia Leipzig	-	-
Cimbria Lemgo	-	+
Arminia Czernowitz zu Linz	+	+
Germania Halle zu Mainz	-	
Hanseia Mannheim	+	+
Germania Marburg	-	-
Rheinfranken Marburg	+	+
Normannia-Leipzig zu Marburg	+	+
Teutonia-Germania Marburg		-
Alemannia München	-	-
Arminia-Rhenania München	-	-
Cimbria München	+	+
Danubia München	+	+
Stauffia München	-	-
Franco-Bavaria München	-	-
Franconia Münster	+	+
ARB! Obotritia	-	-
Redaria-Alemannia Rostock	-	-
Ghibellinia Prag zu Saarbrücken	+	+
Alemannia Stuttgart	-	-
Ghibellinia Stuttgart	-	-
Hilaritas Stuttgart	+	+
Hohenheimia Stuttgart	-	-
Thuringia Bad Frankenhausen zu Siegen	-	-



Germania Trier	+	+
Arminia Straßburg zu Tübingen	-	-
Alte Straßburger B! Germania zu Tübingen	-	-
Albia Wien	+	+
Aldania Wien	+	
Gothia Wien	+	+
Libertas Wien	+	+
Oberösterreichischer Germanen Wien	-	-
Olympia Wien	+	+
Moldavia Wien	+	+
Silesia Wien	+	+
Germania Würzburg	-	-
<b>178 Stimmen</b>		

Es wurden 178 Stimmen abgegeben. Das Ergebnis lautet: 86 Für- bei 89 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen.

Der Antrag ist abgelehnt.

Während der Auszählung weist Vbr. Fahrland auf die ausliegenden Sonderausgaben der BBl hin. Pro Aktivitas seien 75 Exemplare vorgesehen.

### 9.2.9 (ehemals 10.1.2) Antrag der Alten Rostocker Burschenschaft Obotritia

Vbr. Gallin äußert sich zum Antrag. Er meint, daß die Versicherung nur Spektanten betreffe. Er stellt die Frage, wann das letzte Mal einem Spektanten etwas passiert sei. Bei einer Grundlage von 5 € pro Aktiven, ergäbe sich eine jährliche Gesamtsumme von 10.000 € für die Deutsche Burschenschaft. Dies sei zu hoch, gehe man von der relativen Seltenheit eventueller Unfälle aus. Die Schmissee der Paukanten seien nicht versichert, sondern nur die Verletzungen Unbeteiligter. Er bittet darum, diesen Antrag abzulehnen.

Vbr. Wilke widerspricht seinem Vorredner. Natürlich seien die Schmissee bei einer Unfallversicherung nicht abgesichert, aber die Folgen der Schmißverletzungen. Und gerade darauf komme es an. Die Schmissee selbst würden in den meisten Fällen vor Ort medizinisch versorgt. Es gehe in der Hauptsache um die Finanzierung der Wiederherstellungsmaßnahmen von schweren Schmißverletzungen mit Langzeitfolgen (Ohrspeicheldrüsen, durchschlagene Papierschädel, durchtrennter nervus facialis). Es gehe also nicht ums Zunähen der Wunden, sondern um die Behandlung der längerfristigen Folgen. Das umstehende Personen mitversichert seien, sei einfach ein positiver Nebenaspekt.

Ein weiterer Vorteil sei die juristische Absicherung des „Mensursports“.

Zum strittigen Punkt der Finanzierung führt der Redner aus, daß es sich bei den Versicherten um die „aktiven“ Aktiven handele, also nicht um Inaktive. Somit käme man in keinem Fall auf eine jährlich zu finanzierende Summe von 10.000 €.

Ein Vertreter der Hansea Mannheim weist ebenfalls darauf hin, daß irrig die Annahme herrsche, mit einer Unfallversicherung sei weitläufig alles abgedeckt. Dem sei aber nicht so. Nur die Krankenversicherung übernehme die Behandlung und Nachsorge grundsätzlich. Es sei wirklich so, daß die Unfallversicherung nur greife für die daraus resultierenden Folgeschäden. Diese Versicherung erscheine sinnvoll, aber aufgrund der selten auftretenden Fälle nicht zu diesem Preis. Man solle noch einmal mit der Versicherung sprechen.

Der Vertreter der Frankonia Heidelberg erwähnt, daß auch ausgekugelte Schultern häufiger auftreten könnten. Des weiteren bestehe immer die Gefahr einer abbrechenden Klinge, welche umstehende Personen verletzen könne.

Vbr. Schlicher bezweifelt, ob der Verband diese Versicherung brauche. Es entstünden relativ hohe Kosten für den Verband und zwar jedes Jahr. Sollten einzelne Bünde eine Notwendigkeit in einer solchen Versicherung sehen, dann könnten sie diese selbständig abschließen. Er bittet um Ablehnung des Antrages.

Man schreitet zur Abstimmung.

Der Antrag wird abgelehnt.

### **9.2.10 (ehemals 10.1.3) Antrag des Verbandsobmannes für Jugendarbeit**

Vbr. Schlicher fragt nach den entstehenden Kosten bei eventueller Annahme des Antrages. Der zu belastende Titel sei zwar im Antrag erwähnt, aber ohne Kostennennung.

Vbr. Schmidt (Hilaritas Stuttgart) erwähnt, daß der Verband die Reservierung einer Domain und die Folgegebühren finanzieren müsse. Die Kosten dürften sich jährlich im Rahmen von bis zu 40 € bewegen. Die Datenbank trage sich selber. Sollte kein Bedarf an diesem beruflichen Netzwerk bestehen, werde das Projekt eingestellt.

Vbr. Schlicher fragt an, ob es sich im Prinzip nur um die Arbeit des Beauftragten für Berufshilfe handele. Sollte dies der Fall sein, sei keine neue Stellenausschreibung nötig. Den Zugriff für die Domain benötige dann nur der Beauftragte für Berufshilfe.

Ein Vertreter der Arminia Prag zu Bochum fragt an, wie es mit der Pflege der Internetseite aussehe. Bei einer steten Betreuung und Aktualisierung entstünden finanzielle Aufwendungen. Jemand müsse schließlich mit der Wartung beauftragt werden.

Vbr. Schmidt sagt, daß dies ja gerade der Gedanke sei. Die Deutsche Burschenschaft stelle eine solche Seite zur Verfügung. Dadurch fielen wie bereits erwähnt, nur geringe Kosten an. Darüber hinaus werde sie ab und zu mit kostenlosen Anzeigen in den Burschenschaftlichen Blättern beworben. Hauptsache sei, keine Kosten für den Verband entstehen zu lassen. Berufstätige böten ihre Leistungen an und ließen sie gegen eine Gebühr einstellen. Andere Verbandsbrüder, die diese Leistungen abfragen möchten, zahlten ebenfalls eine geringe Gebühr. Das System trage sich selbst.

Es kommt zur Stimmauszählung. Während dieser zieht Vbr. Schmidt in Absprache mit Vbr. Weidner (Raczeks zu Bonn) den Antrag zurück.

### **9.2.11 (ehemals 9.2.9) Antrag des Schatzmeisters auf Erhöhung der Mitgliedsbeiträge**

Vbr. Schlicher zieht diesen Antrag zurück.

## **9.3 Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2006**

Vbr. Schlicher bittet darum, auf der Einnahmenseite im Titel 10 (Entnahmen aus der Rücklage) auf Seite 40 in der Spalte 2006, den Betrag 18.000 € einzutragen. Das ergebe eine neue Gesamtsumme von 285.600 €.



Des weiteren werde der Eintrag im Titel 103b auf 7.000 € geändert, im Titel 111 auf 17.000 €. Der Titel 118 sei bitte auf 3.000 € zu ändern, aufgrund der aufgetretenen Probleme beim elektronischen Einlaßsystem. Der Titel 123 d wird auf 4.500 € erhöht, der Titel 124 auf 11.400 €.

Vbr. Oldenhage fragt an, ob das geplante Seminar zum 20. Juli finanziell abgedeckt sein.

Vbr. Schlicher geht davon aus, daß die Kosten relativ niedrig sein würden. Die Kosten von ca. 2.000 bis 2.500 € könnten im Haushalt im Titel 103c Großveranstaltung untergebracht werden, da erfahrungsgemäß dieser Titel nie voll ausgeschöpft werde.

Vbr. Schatz merkt an, daß das bewilligte Darlehen über 150.000 € vom BT 2003 in der Abrechnung 2004 als Ausgaben mit 75.000 € aufgeführt werde. Er vermisst im Haushaltsplan 2005 die Handhabung des Restdarlehens von wiederum 75.000 €.

Vbr. Schlicher sagt, daß das Darlehen bis Ende 2005 befristet war, damit brauche es im Haushaltsplan 2006 nicht aufzutauchen. Der Haushalt 2005 sei voriges Jahr genehmigt worden.

Vbr. Schatz bemerkt, daß er über 2005 spreche und er finde auch im Jahre 2005 diesen Titel nicht, obwohl der BT dieses Darlehen damals genehmigt habe.

Vbr. Schlicher weist daraufhin, daß man sich in der Abstimmung über den Haushaltsplan 2006 befände. Es könne sein, daß ihm Übertragungsfehler unterlaufen seien. Er werde dies selbstverständlich nachprüfen.

Der Haushaltsplan wird vorbehaltlich der Änderungen genehmigt.

## Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2006

		2005	2006
Einnahmen			
Titel		Euro	Euro
01	Beiträge		
01 a	Beiträge Aktivitas	13.000,00	12.000,00
01 b	Beiträge AHV	221.000,00	218.000,00
03	Beireitungen	10.400,00	11.000,00
04	B.Bl.	16.000,00	2.000,00
05	Darlehensrückzahlungen	2.600,00	16.000,00
06	Zinsen	8.000,00	5.000,00
07	Burschentag	0,00	0,00
07 a	Durchführung	0,00	0,00
07 b	Reisekostenausgleich	3.600,00	3.600,00
08	Sonstiges	0,00	0,00
09	Steuern	0,00	0,00
09 a	Körperschaftssteuer	0,00	0,00
09 b	Kapitalertragssteuer	0,00	0,00
09 c	Solidaritätszuschlag	0,00	0,00
09 d	Umsatzsteuer	0,00	0,00
10	Rücklagenentnahme	0,00	18.000,00
	<b>Gesamt</b>	<b>274.600,00</b>	<b>285.600,00</b>

		2005	2006
<b>Ausgaben</b>			
Titel		<b>Euro</b>	<b>Euro</b>
101	Burschentag		
101 a	Durchführung und Vorbereitung	30.000,00	30.000,00
101 b	Reisekostenausgleich	3.600,00	3.600,00
101 c	außergewöhnliche Belastung	1.500,00	1.500,00
102	Vorsitzende Burschenschaft	9.000,00	9.000,00
103	Verbandsrat		
103 a	Geschäftsbedürfnisse	3.000,00	3.000,00
103 b	außergewöhnliche Belastung	2.000,00	7.000,00
103 c	Großveranstaltung	15.000,00	20.000,00
104	Rechtsausschuß	2.500,00	2.500,00
105	Verbandsobmann für Politik und Kultur, Minderheiten, Europapolitik	2.500,00	2.500,00
106	Verbandsobmann für Hochschulpolitik	2.500,00	2.500,00
107	Verbandsobmann für Jugendarbeit und Sport	7.500,00	6.000,00
108	Schatzmeister, Kassenprüfer		
108 a	Reisekosten	2.500,00	2.500,00
108 b	Kosten des Geldverkehrs	500,00	500,00
108 c	Sonstiges	800,00	800,00
109	Pressereferent	2.500,00	2.500,00
110	Burschenschaftliche Blätter		
110 a	Aufwandsentschädigung Schriftleiter	23.000,00	23.000,00
110 b	Druck	49.000,00	45.000,00
110 c	Vertrieb und Versand	35.000,00	31.000,00
110 d	Reisekosten	1.800,00	1.500,00
110 e	Sonstiges	1.500,00	1.000,00
111	Archiv und Bücherei	16.000,00	17.000,00
112	Geschäftsbedürfnisse		
112 a	Büromaterial	1.800,00	1.800,00
112 b	Porti	2.000,00	2.000,00
112 c	Telefon	1.500,00	1.500,00
112 d	Sonstiges	300,00	300,00
113	Versicherungen	1.000,00	1.000,00
114	Beiträge CDA, AGA u.a.	8.500,00	9.000,00
115	Chilestipendium	13.000,00	13.000,00
116	Verbandsobmann für Schulungs-, Publikations- und Netzarbeit	9.000,00	9.000,00
117	Steuern		
117 a	Körperschaftsteuer	5.000,00	3.000,00
117 b	Kapitalertragssteuer	2.500,00	2.000,00
117 c	Solidaritätszuschlag	500,00	200,00
117 d	Umsatzsteuer	2.000,00	2.000,00
118	Gerätebeschaffung	1.800,00	3.000,00



		2005	2006
		Euro	Euro
119	Patenschaft Ostpreußen	3.500,00	3.500,00
120	Zuführung zur Rücklage	0,00	0,00
122	Darlehen	0,00	0,00
123	Zuschüsse		
	a) Sachleistung Ostpreußen	2.000,00	2.000,00
	b) GfbG, Lexikon	0,00	0,00
	c) Linzer Turm	1.500,00	1.500,00
	d) Sport	3.000,00	4.500,00
	e) Kulturarbeit des DEV	2.500,00	2.500,00
124	Sonstiges	1.500,00	11.400,00
	<b>Gesamt</b>	<b>274.600,00</b>	<b>285.600,00</b>

## 10. Sonstige Anträge

### 10.1 Anträge zur inneren Organisation der DB

#### 10.1.1 Antrag der Marburger B! Rheinfranken

Der Verhandlungsleiter weist auf die Öffentlichkeit der Verhandlungen ab TOP 10 hin.

Zum Tagesordnungspunkt liegt ein Abänderungsantrag der Hilaritas Stuttgart vor:

*Der Burschentag möge beschließen:*

*„Art. 10 der VerfDB wird durch den Zusatz ergänzt:*

*„sowie für das deutsche Vaterland.“*

*Artikel 10 würde dann lauten:*

*„Von jedem Burschenschafter wird der tatkräftige Einsatz für eine demokratische und soziale Rechtsordnung sowie für das deutsche Vaterland gefordert.““*

*Begründung:*

*In dem von der Marburger Burschenschaft Rheinfranken gestellten Antrag 10.1.1 beschränkt sich der Einsatz für das Vaterland auf dessen Verteidigung. Jedoch sollte ein Burschenschafter sich in allen Belangen für sein Vaterland einsetzen, sowohl durch dessen Verteidigung, aber auch in seinem übrigen Handeln, insbesondere durch Worte und Taten. Mir dem oben erwähnten Zusatz wäre dies für jeden Burschenschafter ohne Beschränkung auf den Aspekt der Vaterlandsverteidigung verpflichtend geregelt.*

Vbr. Bluhm erwähnt, daß besagter Antrag bereits auf dem letzten BT von der gewesenen VorsDB gestellt worden sei. Dieser Antrag sei auf Anregung des Rechtsausschusses gestellt worden. Unglücklicherweise habe der Rechtsausschuß während der Verhandlung über diesen Tagesordnungspunkt getagt und habe sich so nicht äußern können. Anlaß sei die Überprüfung der Kriegsdienstverweigerungsfrage gewesen. Die Entscheidung darüber sei in den Burschenschaftlichen Blättern abgedruckt. In der Sache gehe es eigentlich nicht um eine neuartige Änderung, da

der Burschentag bereits vor 25 Jahren eine sehr deutliche Entscheidung getroffen habe: Die Deutsche Burschenschaft verlangt die Bereitschaft zur Verteidigung des Vaterlandes, deren Infragestellung sie für verantwortungslos hält.

Zweck des Antrages sei es, diese Aussage aufzuwerten und in den Verfassungsrang zu erheben.

Des weiteren könnte der Eindruck entstehen, daß ein „Konkurrenzverband“ in dieser Frage mehr wolle als die Deutsche Burschenschaft. Das könne und dürfe nicht sein. Die Deutsche Burschenschaft lasse sich, wenn es um die Verteidigung des Vaterlandes gehe von Niemandem übertreffen. Dies müsse dann aber auch selbstverständlich in der Verfassung der DB festgeschrieben sein.

Im Änderungsantrag der Hilaritas Stuttgart stehe nichts Neues in Bezug auf Art.10 VerfDB.

Man schreitet zur Abstimmung. Der weitergehende Antrag ist der Abänderungsantrag. Dieser erreicht nicht die erforderliche Mehrheit.

Der ursprüngliche Antrag wird mit Hilfe der Stimmzähler ausgezählt. Das Ergebnis lautet:

Es wurden 177 Stimmen abgegeben. Das Ergebnis lautet: 114 Für- bei 56 Gegenstimmen und 7 Enthaltungen.

Die notwendige 3/4-Mehrheit ist nicht erreicht. Der Antrag ist abgelehnt.

## **10.2 Anträge zum politischen Wirken der DB**

### **10.2.1 Antrag des Verbandsobmannes für Hochschulpolitik**

Vbr. Weihmann erläutert seinen Antrag.

#### ***Der Burschentag beschließt:***

***„Die aktiven Mitglieder der Burschenschaften der Deutschen Burschenschaft werden aufgefordert, sich aktiv gegen eine Mitgliedschaft ihrer Studentenschaft im „freier Zusammenschluß von studentInnenschaften e. V.“ (fzs) einzusetzen.“***

### **10.2.2 Antrag des Verbandsobmannes für Hochschulpolitik**

Vbr. Weihmann erläutert diesen Antrag.

Ein Vertreter der Arminia a. d. B. Jena meint, daß in dieser Frage die Hochschulen keine Kompetenzen hätten und ein Anschreiben derselben daher nicht notwendig sei.

Ein Vertreter der Redaria-Alemannia Rostock bejaht die formale Richtigkeit der Aussage seines Vorredners. Angeschrieben werden müßten die Wissenschaftsminister der Bundesländer.

Des weiteren stelle sich die Frage, was erreicht werden solle. Ziel müsse die Qualitätsverbesserung z. B. der Lehramtsanwärter sein. Die Durchfallquote der Lehramtsanwärter läge bei 0,5 %. Er verweise aber auf die mindere Ausbildungsqualität von ca. 20 % der Lehrer. Der Bachelor-Abschluß sei eine Schleuse, welche Unfähige von vornherein ausbremse. Der Beschluß des Senats, nur noch 1/3 zum Masterstudium zuzulassen, sei eine richtige Entscheidung. Immerhin richte sie sich nach den Leistungen. Er spreche sich gegen den Antrag aus.

Ein Vertreter der Rugia Greifswald hält den Bachelor-Abschluß für unzumutbar und verweist auf die hohe und anerkannte Qualität der bestehenden deutschen Abschlüsse im Ausland.



Ein Vertreter der Alemannia Stuttgart rügt die aus seiner Sicht mindere Qualität des Redebeitrags seines Vorgängers. Den Vertreter der Redaria-Alemannia Rostock fordert er auf, die Beleidigung des Lehrerstandes zurückzunehmen. Die Lehrer in der eigenen Verwandtschaft seien hervorragend ausgebildet.

Zum Thema der Bachelor- und Masterstudiengänge meint er, daß diese Diskussion 5 Jahre zu spät sei. Diese Thematik sei bereits beschlossene Sache.

Vbr. Weihmann geht auf die Äußerung des Vertreters der Arminia a. d. B. Jena ein. Die Hochschulen hätten sehr wohl einen Spielraum bei der Entscheidung über die Quote. Er verweist auf eine Vereinbarung in der sogenannten TU 9. Die Universität Stuttgart habe sich selbst die 1/3-Quote auferlegt, die TU Dresden hingegen nicht. An der TU Dresden solle jeder Bachelorabsolvent weiterhin die Möglichkeit haben, an der eigenen Hochschule auf Master zu studieren.

Die Hochschulen könnten ebenso bei der Rektorenkonferenz Druck auf die Regierung ausüben.

Der Vertreter der Redaria-Alemannia Rostock nimmt seine gemachten Aussagen in bezug auf die Verwandtschaft des Verbandsbruders zurück. Dennoch hält er an der Aussage fest, daß ein Teil des deutschen Lehrkörpers schlecht ausgebildet sei. Er verweist auf seine eigenen Erfahrungen in der Schulamtszeit. Man könne nicht behaupten, daß jemand, der ein Semester Lehramt studiert habe, bereits ausgebildeter Pädagoge sei.

#### **Der Burschentag beschließt:**

***„Die Deutsche Burschenschaft fordert von den Hochschulen, daß der Masterabschluß dem klassischen Diplom/Magister gleichgestellt wird und jeder Bachelorabsolvent an der gleichen Hochschule zum Masterstudium zugelassen wird.“***

#### **10.2.3 Antrag des Verbandsobmannes für Hochschulpolitik**

Dieser Antrag wurde zu Beginn der Verhandlungen zurückgezogen.

Der Verhandlungsleiter erwähnt zwischenzeitlich, daß das Buch „Das Vermächtnis der Urburschenschaft“ zum Subskriptionspreis erworben werden könne.

#### **10.2.4 Antrag des Verbandsobmannes für Jugendarbeit**

Vbr. Fahrland weist zu diesem Antrag darauf hin, daß im vergangenen Jahr ähnliche Erklärungen von der DB beschlossen worden seien. Es habe sich gezeigt, daß leider die Reaktionen seitens der Politik nicht gerade sehr groß gewesen seien. Nichtsdestotrotz halte er es für äußerst geboten sich weiterhin diesem Thema zu widmen, da die Hochschulpolitik ein elementarer Bestandteil des politischen Wirkens der DB sei.

Ein Vertreter der Redaria-Alemannia Rostock behauptet, die konsekutiven Abschlüsse seien wichtig für ein straffes Studium. Langzeitstudenten könnten wir uns nicht mehr leisten.

Am Beispiel der Universität Bielefeld sei zu bemerken, daß die Anzahl der Seminarteilnehmer stark zugenommen habe. Dies sei sehr wohl als positiver Aspekt festzuhalten.

Er übt Kritik an der Aussage, der Bund würde alle europäischen Vorgaben im vorauseilendem Gehorsam befolgen. Der Antragsteller müsse doch erkennen, daß nach Europarecht gehandelt werden müsse. Es könne doch keine Aufforderung zum Bruch von Europarecht erfolgen.

Vbr. Brandt stellt den Antrag zur Geschäftsordnung auf Schluß der Debatte.

Ein Vertreter der Arminia Prag zu Bochum führt die Gegenrede.

Der GO-Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

**Der Burschentag beschließt:**

**Die Deutsche Burschenschaft fordert wie folgt zur Klarstellung der Folgen des sog. „Bologna-Prozesses“ auf:**

*„Inzwischen scheint die Einführung von konsekutiven Abschlüssen als Ersatz für die tradierten und bewährten deutschen Diplom- und Magisterabschlüsse bzw. Staatsexamina im Rahmen des sog. „Bologna-Prozesses“, dessen grundlegendes Ziel die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Bildungs- und Forschungsraumes ist, kaum noch abzuwenden. Auf Druck seitens des Bundes, der in bereits gewohnt treuem Gehorsam alle Vorgaben aus europäischen Kreisen kritiklos in geltendes Recht überführt, haben die Länder als föderalistische Träger der Bildungs- und Hochschulpolitik den Zeitplan zur Umsetzung der Strukturveränderungen übernommen. Spätestens ab 2010 werden die Studenten nicht mehr zwischen dem bekannten, diplomierten Studienziel und der importierten und hauptsächlich äußerlich veränderten Variante wählen können. Ihre einzige Möglichkeit wird dann sein, sich in der gebotenen Kürze der Zeit (6 oder 7 Semester) das Handwerkszeug für den Berufseinstieg anzueignen. Zwar wird Ihnen vorgegaukelt, durch ein weiterführendes Studium weiterhin höhere akademische Weihen erlangen zu können, jedoch ist dieses häufig schon heute nötig, um die erforderliche Zahl an Ausbildungsjahren für ein weiterführendes Master-Studium im Ausland zu erreichen – vor allem aufgrund der von der Politik unsinnig lang erachteten Gymnasialzeit, die um ein Jahr dringend nötige Allgemeinbildung verkürzt wurde, um die Hochschul-„Reife“ zu erlangen. Die deutsche Wirtschaft kann der Politik für diese „weisen“ Entscheidungen danken – sofern sie von ihnen überhaupt schon etwas mitbekommen hat.*

*Die Deutsche Burschenschaft, einer der größten und traditionsreichsten Akademikerverbände in Deutschland, der bereits seit mehreren Jahren die Entwicklung des „Bologna-Prozesses“ kritisch verfolgt, fordert vom Bund und den Ländern Aufklärung über die geplanten Maßnahmen. Nicht nur die angehenden Studenten, die heute die Schulbank drücken und ungewiß in die unklare Zukunft der wissenschaftlichen Ausbildung schauen, sondern auch die Arbeitgeber stehen vollkommen im Dunkeln. Bewertungsmaßstäbe für einen Vergleich zwischen den „alten“ Abschlüssen und dem konsekutiven Modell fehlen ebenso wie klare Leitlinien über die Handhabung und Inhalte. Auch die Zukunftssicherung durch Leistungsträger unserer Gesellschaft, die schon in der Schulzeit eine weitreichende Ausbildung erfahren sollten, die durch den fundierten, fachwissenschaftlichen Reifeprozess fortgeführt wird, um mit Kompetenz und der Fähigkeit zu eigenständigem Denken ausgestattet in die Zukunft starten zu können, wird sträflich vernachlässigt. Statt dem Erwerb von ausreichendem Wissen für die Herausforderungen des Wettbewerbs um die besten Ideen, der kreativen Zerstörung durch Innovationen, die der Motor unserer wachstumsorientierten Volkswirtschaft sind, wird der angehende Hochschulabsolvent zum theoretischen Sachbearbeiter ohne Profil ausgebildet.*

*Die Regierungen von Bund und Ländern sind aufgefordert, Aufklärungsarbeit über die Veränderungen zu leisten und Anreize für engagierte und leistungsbereite junge Menschen zu schaffen, die zum Erhalt des Technologie- und Wissenschaftsstandortes Deutschland beitragen. Des weiteren ist das Abitur als Nachweis der Hochschulreife zu stärken und eine Übersichtsmatrix für die Einstufung der unterschiedlichen Abschlüsse zu veröffentlichen.“*

*Diese Stellungnahme wird in geeigneter Form an die Regierungen sowie die Wissenschaftsminister des Bundes und der Länder in der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich versandt, zugleich an die Presse zur Veröffentlichung.*



### 10.2.5 Dringlichkeitsantrag der Marburger Burschenschaft Rheinfranken

Es gibt keine Wortmeldungen.

*Der Burschentag beschließt:*

- 1. Die Deutsche Burschenschaft wendet sich mit dem als Anlage beigefügten Offenen Brief an den Bundesminister der Verteidigung, Herrn Dr. Peter Struck, MdB.*
- 2. Die Vorsitzende Burschenschaft wird ermächtigt, redaktionelle Änderungen vorzunehmen, wobei sie die Vorschläge der einzelnen Mitgliedsvereinigungen berücksichtigen kann, die bis zum 20. Mai 2005 bei ihr eingegangen sind.*
- 3. In angemessenem zeitlichem Abstand zur Ausführung des Beschlusses zu Ziffer 1 wird die Öffentlichkeit informiert.*

*An den*

*Bundesminister der Verteidigung*

*Herrn Dr. Peter Struck, MdB*

*11055 Berlin*

*Verwendung des Namens Werner Mölders bei der Bundeswehr*

*Sehr geehrter Herr Bundesminister,*

*die Deutsche Burschenschaft, die Gemeinschaft deutscher Burschenschaften, die aus der in Jena gegründeten Burschenbewegung von 1815 hervorgegangen sind oder sich zu ihr bekennen,*

- nach Einschätzung der Bundesregierung (Bundestags-Drucksache 13/2019) „eine wichtige gesellschaftliche Gruppe“,*
- an deren freiheitliche Tradition das Grundgesetz anknüpft und deren Farben Schwarz-Rot-Gold die Farben der Bundesrepublik Deutschland sind,*
- die sich in ihrer jetzt 190-jährigen Geschichte stets zum Prinzip der Wehrhaftigkeit bekannt hat,*
- in deren Reihen zahlreiche Reserveoffiziere sind,*

*hat sich auf ihrem diesjährigen Burschentag in Eisenach, ihrem obersten Beschlußorgan, eingehend mit Ihrer Entscheidung vom 28. Januar 2005 befaßt. Danach haben Sie, Herr Minister, entschieden (wie der Presse vom Folgetag zu entnehmen war),*

*daß der Jagdflieger Werner Mölders nicht mehr Namensgeber der Bundeswehrekaserne in Visselhövede in Niedersachsen und des in Neuburg an der Donau stationierten Jagdgeschwaders 74 der Bundesluftwaffe sein soll.*

*Diese Entscheidung hat zu zahlreichen Protesten geführt. Allein die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ hat über 20 Leserbriefe veröffentlicht, die sich gegen die Entscheidung wenden. Ganz ungewöhnlich ist die große Anzeige von über 100 ehemaligen Offizieren der Bundesluftwaffe (darunter 72 Generalen) in der FAZ vom 19. März 2005, in der Oberst Mölders in Hochachtung geehrt wird. Dem derzeitigen Kommodore des Jagdgeschwaders 74 soll von der*

*Luftwaffenführung untersagt worden sein, Ihnen, Herr Minister, den Protest der Aktiven zu übermitteln, woraufhin ein Angehöriger des Geschwaders Beschwerde beim Wehrbeauftragten eingelegt hat (Süddeutsche Zeitung vom 5. März 2005).*

*Auch nach gründlicher Auswertung aller uns zu diesem Thema zugänglichen Unterlagen sehen wir uns nicht in der Lage, die ergangene Entscheidung nachzuvollziehen. Das liegt daran, daß bisher wichtige Einzelheiten nicht veröffentlicht worden sind. Nachfolgend möchten wir unter Beschränkung auf das Wesentliche diejenigen Punkte ansprechen, in denen unseres Erachtens eine umfassende Unterrichtung der Öffentlichkeit nicht nur wünschenswert, sondern erforderlich erscheint.*

1.

*Die Zeitung „Die Zeit“ untersucht in ihrer Ausgabe vom 31. März 2005 das Vorgehen gegen Mölders, der „drei Jahrzehnte ein Name ohne Fehl und Tadel war“ und den es nun mehr „als Unperson geben soll“. Das ist um so unverständlicher, weil kein Geringerer als der damalige Bundespräsident Gustav Heinemann nach sorgfältiger Prüfung zu dem eindeutigen Ergebnis gelangt ist, daß Mölders ein geeigneter Namensgeber für die Bundeswehr sei. Er ist bisher stets als einer der untadeligsten Soldaten angesehen worden. Als erster Träger des Ritterkreuzes des Eisernen Kreuzes mit Eichenlaub, Schwertern und Brillanten, der insgesamt nur an 27 Offiziere verliehenen Tapferkeitsauszeichnung, gilt er geradezu als Inbegriff des tapferen Soldaten. Der Vorsitzende der Mölders-Vereinigung, der etwa tausend Ehemalige und Freunde des Geschwaders angehören, Helmut Ruppert, früher selbst Kommodore des Geschwaders, sieht Mölders „menschlich und fachlich über jeden Zweifel erhaben“ (Süddeutsche Zeitung vom 5. März 2005).*

*In der eingangs erwähnten Anzeige bezeichnen ihn seine Offizierskollegen als „vorbildlichen Soldaten und Jagdflieger“, der „Charakter und Anstand in schwerer Zeit bewies“.*

*Damit stimmt die Tatsache überein, daß er sich im September 1941 katholisch trauen ließ, ein offener Affront des gläubigen Christen gegen das kirchenfeindliche Regime.*

*Wenn Ihr Adjutant im Januar dieses Jahres an die Witwe des am 22. November 1941 tödlich verunglückten schreibt, es sei wichtig festzustellen, daß „keinerlei persönliche Hintergründe zur Umbenennung führen“, dann fragt man sich, ob nicht die dennoch erfolgte Umbenennung im Widerspruch hierzu steht.*

2.

*Sie berufen sich darauf, Ihre Entscheidung sei lediglich die Umsetzung eines Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 24. April 1998.*

*Richtig ist, daß das Plenum an diesem Freitag, als nur noch 25 Abgeordnete anwesend waren, auf Antrag der PDS unter Ausnutzung der Zufallsmehrheit die Bundesregierung aufgefordert hat, dafür Sorge zu tragen, „daß Mitgliedern der Legion Condor nicht weiter ein ehrendes Gedenken, z. B. in Form von Kasernenbenennungen der Bundeswehr zuteil wird. Bereits erfolgte Kasernenbenennungen nach Mitgliedern der Legion Condor sind aufzuheben“.*

*Ihr Amtsvorgänger hat diesen Beschluß, dessen Hintergrund der Jahrestag der Bombardierung von Guernica (16. April 1937) war, nicht umgesetzt. Von der PDS nach den Gründen gefragt, hat die Bundesregierung am 26. Juni 2000 (Drucksache 14/3658) geantwortet: „Eine kritische Würdigung der Gesamtpersönlichkeit von Werner Mölders kann nicht außer Betracht lassen, daß dieser weder an der Bombardierung beteiligt noch persönlich in das Unrecht des NS-Regimes verstrickt war“. An dieser zutreffenden Feststellung hat sich bis heute nichts geändert. Diese Meinung haben auch Sie, Herr Minister, bisher vertreten, denn andernfalls hätten Sie den zitierten Beschluß in Bezug auf Werner Mölders längst umsetzen müssen. Das ist jedoch erst jetzt, sieben Jahre nach dem Beschluß, geschehen.*



3.

*Zur Vorbereitung Ihrer Entscheidung haben Sie ein Gutachten beim Militärgeschichtlichen Forschungsamt (MGFA) Potsdam angefordert. Das zeigt, daß Sie im Falle Mölders davon ausgehen, den Beschluß des Deutschen Bundestages nicht automatisch umsetzen zu müssen, sondern weiterhin über einen Ermessensspielraum zu verfügen. Das am 30. Juni 2004 von Oberstleutnant Dr. Wolfgang Schmidt erstellte Gutachten ist in der Öffentlichkeit bisher nicht zugänglich gemacht worden. Wir möchten Ihnen, Herr Minister, dringend empfehlen, das umgehend nachzuholen. Andernfalls muß der Eindruck entstehen, es sei etwas zu verbergen. Im Übrigen paßt es nicht zum Stil der Streitkräfte in einem demokratischen Rechtsstaat, in einer höchst umstrittenen, allerdings nicht geheimhaltungsbedürftigen Angelegenheit eine wichtige Entscheidungsgrundlage der Öffentlichkeit vorzuenthalten.*

*Für unsere Empfehlung spricht noch ein anderer Gesichtspunkt. Das Gutachten liegt inzwischen einzelnen Zeitungen vor, was etwa „Die Welt“ in ihrer Ausgabe vom 31. März 2005 ausdrücklich einräumt. Von dieser Zeitung wie auch von der FAZ (Artikel „Quellenkritik“ in der Ausgabe vom 19. März 2005) wird das Gutachten unter verschiedenen Aspekten kritisiert. In einem Leserbrief (FAZ vom 16. April) schreibt Frau Dagmar von Gersdorff, Tochter des in dem Gutachten erwähnten Möldersbiographen Oberst Fritz von Forell: „Das Gutachten zur Person des Jagdfliegers Werner Mölders (FAZ vom 19. März 2005) erscheint um so fragwürdiger, als auch andere Angaben darin entweder unrichtig sind oder bewußt verschwiegen werden“. Das wird im Einzelnen aufgeführt.*

*Sollten Sie, Herr Minister, aufgrund eines unrichtigen Gutachtens entschieden haben? Um so notwendiger ist dessen Veröffentlichung, was auch der ehemalige Oberbürgermeister von Fulda, Dr. Wolfgang Hamberger, fordert (Leserbrief in der FAZ vom 4. Mai 2005).*

4.

*Die umstrittene Benennung dürfte auch beeinflusst worden sein von Erwägungen, die zu den neuen „Richtlinien zum Traditionsverständnis und zur Traditionspflege der Bundeswehr“ vom 27. Juli 2003 geführt haben. Bei den 30 Ziffern, die teilweise doch recht theoretisch erscheinen, vermissen wir konkretere Aussagen zum Umgang mit der Vergangenheit. Wir hätten uns eine Berücksichtigung der Rede gewünscht, die der damalige Bundespräsident Roman Herzog bei der 35. Kommandeurtagung am 15. November 1995 in München gehalten hat (Reden und Interviews Band 2/1 S. 270 f.). So ist etwa folgender Abschnitt von grundsätzlicher Bedeutung und bleibender Gültigkeit (S. 271):*

*„Tradition ist nicht die pauschale Fortsetzung der Geschichte. Tradition ist die Auswahl von Menschen, von Worten, Haltungen und Taten, die als beispielgebend bewertet werden. Tradition heißt Überlieferung von Werten in diesem Sinne und dient genau diesem Maße auch der Erziehung von Menschen. Nicht die Wehrmacht von 1933 bis 1945, wohl aber der einzelne, ja viele Soldaten der Wehrmacht können durchaus traditionsbegründend sein“.*

*Wenn man im Sinne des letzten Satzes nicht einmal Werner Mölders als traditionsbegründend anerkennt, obwohl er wie kein anderer die von Roman Herzog am Ende seiner Rede (S. 281) hervorgehobenen Grundwerte wie Disziplin, Tapferkeit, Verlässlichkeit und Kameradschaft verkörpert, die „für die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr von offenkundiger Wichtigkeit sind“, dann wird man auf ehemalige Wehrmachtsangehörige als Namensgeber für Einrichtungen der Bundeswehr völlig verzichten müssen. Das wäre sicher im Sinne so mancher Politiker.*

*Wir hoffen, daß Sie, sehr geehrter Herr Minister, nicht zu diesen gehören und wünschen Ihnen den Mut und die Bereitschaft, getroffene Entscheidungen aufgrund sachlicher Kritik zu überprüfen und erforderlichenfalls zu ändern.*

*Im Übrigen sehe wir Ihrer Antwort mit besonderem Interesse entgegen.*

*Mit vorzüglicher Hochachtung*

*PS: Wir beabsichtigen, diesen Brief mit angemessenem zeitlichem Abstand zu veröffentlichen.*

## **11. Generaldebatte**

Dieser TOP bleibt offen.

## **12. Wahlen**

### ***12.1 Wahl einer Vorsitzenden Burschenschaft für das Geschäftsjahr 2006/2007***

Danubia München schlägt Brixia Innsbruck vor.

***Brixia Innsbruck wird zur Vorsitzenden B! der DB! Für das GJ 2006/2007 gewählt.***

### ***12.2 Wahl des Verbandsobmannes für Politik und Kultur in den Geschäftsjahren 2006/2007 und 2007/2008***

Ein Vertreter der Libertas Wien schlägt Vbr. Brinckhoff (Franconia Münster, Danubia München) vor.

***Vbr. Brinckhoff wird gewählt.***

### ***12.3 Wahl des Verbandsobmannes für Hochschulpolitik in den Geschäftsjahren 2006/2007 und 2007/2008***

Cimbria München schlägt Vbr. Weihmann (Cheruscia Dresden) vor.

***Vbr. Weihmann wird gewählt.***

### ***12.4 Wahl des Verbandsobmannes für Jugendarbeit in den Geschäftsjahren 2006/2007 und 2007/2008***

Germania Hannover schlägt Vbr. Trapp (Hilaritas Stuttgart) vor.

Cimbria München schlägt Vbr. Radl (Danubia München) vor. Vbr. Bluhm (Rheinfranken Marburg) unterstützt diesen Vorschlag.

Es werden 175 Stimmen abgegeben.

Radl: 94

Trapp: 81

***Damit ist Vbr. Radl gewählt.***



### **12.5 Wahl des Verbandsobmannes für Schulungs-, Publikations- und Netzarbeit in den Geschäftsjahren 2006/2007 und 2007/2008**

Olympia Wien schlägt Vbr. Katzmayr (Olympia Wien) vor. Eine schriftliche Kandidatenerklärung liegt vor. Die Verlesung und Vorstellung erfolgt durch einen Bundesbruder.

**Vbr. Katzmayr wird gewählt.**

### **12.6 Wahl zweier Ersatzmitglieder des Verbandsrates in den Geschäftsjahren 2006/2007 und 2007/2008**

Germania Hannover schlägt Vbr. Trapp (Hilaritas Stuttgart) vor.

Cimbria München schlägt Vbr. Beckendorf (Markomannia Wien zu Passau) vor.

Frankonia Erlangen schlägt Vbr. Tapp (Germania Trier, Gothia Wien) vor.

Es werden 288 Stimmen abgegeben.

Trapp: 93

Beckendorf: 85

Tapp: 110

**Die Verbandsbrüder Trapp und Tapp werden gewählt.**

### **12.7 Wahl des Schatzmeisters sowie eines Stellvertreters auf drei Jahre**

Ein Vertreter der Norddeutschen und Niedersachsen Bonn schlägt Vbr. Schlicher als Schatzmeister vor.

**Vbr. Schlicher wird gewählt.**

Vbr. Bluhm schlägt Vbr. Mattern (Rheinfranken Marburg) als stellv. Schatzmeister vor.

**Vbr. Mattern wird gewählt.**

### **12.8 Wahl eines Kassenprüfers auf drei Jahre**

Vbr. Öhlböck (Oberösterreichischer Germanen Wien) schlägt Vbr. Schmidt (Hilaritas Stuttgart) vor.

**Vbr. Schmidt wird gewählt.**

### **12.9 Wahl dreier Vorstandsmitglieder der Burschenschaftlichen Stiftung auf drei Jahre**

Als gemeinsamer Vorschlag der VorsDB und des VVAB werden folgende Kandidaten benannt:

Burchhardt (Olympia Wien)

Dachsel (Stauffia München)

Gallin (Teutonia Prag zu Regensburg)

Pilz (Leder Leoben)

Freiling (Aldania Wien)

Völk (Olympia Wien)

**Die Verbandsbrüder Burchardt, Dachsel und Gallin sind in den Vorstand der Burschenschaftlichen Stiftung gewählt.**

### **12.10 Festlegung der Amtsdauer des Schriftleiters**

Der Verhandlungsleiter schlägt für die Dauer der Amtszeit des Schriftleiters 5 Jahre vor.

Es erhebt sich kein Widerspruch.

**Der Burschentag beschließt:**

**Die Amtsdauer des Schriftleiters der Burschenschaftlichen Blätter beträgt 5 Jahre.**

### **12.11 Wahl eines Schriftleiters der Burschenschaftlichen Blätter auf fünf Jahre**

Vbr. Oldenhage schlägt Vbr. Sanker (Normannia-Leipzig zu Marburg, Cimbria München) vor.

Vbr. Runge (Gothia Berlin) fragt bei der Vorsitzenden an, ob dieser ein Brief mit Vorschlägen für die Wahl des Schriftleiters zugegangen sei.

Der Verhandlungsleiter verneint dies.

Vbr. Runge sagt, daß dieses Angebot gemacht worden sei. Der Rechtsausschuß soll prüfen, ob eine Kandidatur auch ohne schriftliche Erklärung erfolgen könne.

Vbr. Korell (Frankonia Heidelberg) merkt an, daß Amtsträger der Deutschen Burschenschaft nur vom BT gewählt werden können, wenn sie selbst anwesend seien oder wenn sie ausdrücklich schriftlich in einer sehr strengen Form erklärt hätten, daß sie nicht nur kandidieren, sondern daß sie auch im Falle einer Wahl das Amt annehmen würden. Das heiße, wenn keine schriftliche Erklärung mit Originalunterschrift vorliege oder die Herren nicht persönlich anwesend seien, könnten sie nicht gewählt werden.

Der Verhandlungsleiter fragt, wann der Brief abgeschickt worden sei.

Vbr. Runge antwortet nach telefonischer Rücksprache mit Vbr. Kallina, daß der unterschriebene Brief vor 2 Wochen abgesandt worden sei.

Vbr. Sanker stellt sich und sein Konzept für die Burschenschaftlichen Blätter vor.

Vbr. Runge nutzt die Tagungszeit des Rechtsausschusses um das Konzept vorzustellen. Dieses sehe ein Redaktionsgremium mit 4 Personen vor. Es setze sich aus den Herren Kallina,

Elsholtz, Prinz und Keßling zusammen. Vbr. Elsholtz würde im Falle einer Wahl die Führung dieses Gremiums übernehmen.

Vbr. Korell berichtet über die Entscheidung des Rechtsausschusses. § 13 der GO besage, daß bei der Wahl der Organe nur solche Mitglieder gewählt werden könnten, die persönlich zur Befragung anwesend seien. Davon könne nur abgesehen werden, wenn der zu Wählende aus wichtigem Grund nicht anwesend sein könne und schriftlich sein Einverständnis zur Wahl erklärt habe. Die grammatikalische Auslegung dieser Vorschrift besage, daß sie nur für Organe gelte. Allerdings ist der Rechtsausschuß mehrheitlich der Ansicht, daß hier ein Redaktionsversehen vorliege und daß es natürlich auch auf Amtsträger zu erstrecken sei. Dabei könnten nur solche Amtsträger gewählt werden, die selbst anwesend seien oder ihr schriftliches Einverständnis zur Wahl erklärt hätten. § 13 gelte nicht nur für Organe, sondern auch für Amtsträger.



Der 2. Punkt seit, daß der VorsDB ein Brief zugeschickt worden sei, den sie nicht erhalten habe. Dies sei irrelevant. Wir befänden uns im TOP Wahlen. Es müsse jetzt gewählt werden. Wenn der Brief nicht vorliege, könne das jetzt nicht geprüft werden.

Vbr. Radl (Danubia München) schlägt Vbr. Nachtmann (Brixia Innsbruck) vor.

Ein Vertreter der Frankonia Bonn stellt fest, daß ein Schriftleiter gewählt werde und kein Gremium. Er möchte wissen, wen er wähle, ob nun den Vbr. Nachtmann oder besagtes Gremium.

Vbr. Nachtmann erwidert, wenn er gewählt werden sollte, zeichne er selbstverständlich verantwortlich.

Man schreitet zur Abstimmung.

Es wurden 168 Stimmen abgegeben.

Sanker: 79

Nachtmann: 89

***Vbr. Nachtmann ist zum Schriftleiter der Burschenschaftlichen Blätter gewählt.***

Herr Verbandsbruder Giersch übergibt die Verhandlungsleitung an Herrn Verbandsbruder Zeh (Alemannia Stuttgart)

## **13. Tätigkeitsberichte und Entlastungen der VorsDB**

### ***13.1 Tätigkeitsbericht der Vorsitzenden Burschenschaft im Geschäftsjahr 2004/2005, der Burschenschaft Normannia-Leipzig zu Marburg***

Es gibt keine Wortmeldung.

### ***13.2 Entlastung der Vorsitzenden Burschenschaft im Geschäftsjahr 2004/2005***

Die Vorsitzende Burschenschaft, die Burschenschaft Normannia-Leipzig zu Marburg, zieht aus dem Verhandlungsort aus.

Frankonia Bonn stellt Antrag auf Entlastung mit Dank und Anerkennung.

***Der Burschentag beschließt:***

***Die Burschenschaft Normannia-Leipzig zu Marburg wird als Vorsitzende Burschenschaft der Deutschen Burschenschaft im Geschäftsjahr 2004/2005 mit Dank und Anerkennung entlastet.***

Die Burschenschaft Normannia-Leipzig zu Marburg wird in das Verhandlungsort gebeten. Herr Verbandsbruder Zeh teilt der Vorsitzenden das Abstimmungsergebnis mit.

Der Sprecher der Deutschen Burschenschaft, Verbandsbruder Sanker, bedankt sich im Namen der Burschenschaft Normannia-Leipzig zu Marburg für die ausgesprochene Entlastung.

## **14. Sonstiges**

Vbr. Fahrland weist noch einmal auf das Fußballspiel am Samstag hin und bittet um rege Teilnahme.

Des weiteren werden die Aktivitates aufgefordert, ihre Sonderausgaben der Burschenschaftlichen Blätter mitzunehmen.

## 11. Generaldebatte

Vbr. Sanker eröffnet die Generaldebatte zum Thema „Politische Kultur in Deutschland?!“.

Vbr. Sanker dankt allen Teilnehmern für die rege Teilnahme und schließt die Generaldebatte sowie die Verhandlungen des Burschentages 2005 um 19:48 Uhr.

## Anwesenheitsliste Burschentag 2005

### Altherrenschaften

Alania Aachen	Arminia Chemnitz	Germania Kassel	Franconia Münster
Libertas Brünn Aachen	Saxo-Silesia Freiburg	Alemannia Königsberg Kiel	Markomania Wien Passau
Teutonia Aachen	Teutonia Freiburg	Krusenrotter Kiel	Suevia Brünn Regensburg
Thessalia Prag in Bayreuth	Alemannia Friedberg	Alemannia Köln	Teutonia Prag Regensburg
Arminia Berlin	Ascania Friedberg	Germania Köln	ARB! Obotritia
Germania Berlin	Alemannia Gießen	Wartburg Köln	Redaria-Alemannia Rostock
Gothia Berlin	Dresdensia-Rugia Gießen	Rheno-Alemannia Konstanz	Ghibellinia Prag Saarbrück.
Hevellia Berlin	Germania Gießen	Cruxia Leben	Thuringia Siegen
Märker Berlin	Hannovera Göttingen	Leder Leoben	Alemannia Stuttgart
Rugia Berlin	Holzmindia Göttingen	Arminia Leipzig	Ghibellinia Stuttgart
Semnonia Berlin	Allemannia Graz	Germania Leipzig	Hilaritas Stuttgart
Saravia Berlin	Arminia Graz	Normannia zu Leipzig	Hohenheimia Stuttgart
Thuringia Berlin	Carniola Graz	Plessavia Leipzig	Germania Trier
Normannia-Nibel. Bielefeld	Germania Graz	Cimbria Lemgo	Arminia Straßb. Tübingen
Arminia Prag zu Bochum	Markomania Greifswald	Arminia Czernowitz Linz	Germania Straßb. Tübingen
Frankonia Bonn	Rugia Greifswald	Germania Halle zu Mainz	Albia Wien
Marchia Bonn	Germania Hamburg	Saravia Mainz	Aldania Wien
Norddt. u. Nieders. Bonn	Germania Königsberg	Hanse Mannheim	Alania Wien
Raczeks zu Bonn	Hanse-Alemannia Hamb.	Germania Marburg	Bruna Sudetia Wien
Alemannia Braunschweig	Arminia Hannover	Normannia-Leipzig zu MR	Gothia Wien
Arminia-Gothia Braunsch.	Germania Hannover	Rheinfranken Marburg	Libertas Wien
Germania Braunschweig	Ghibellinia Leipzig Hann.	Teutonia-Germania MR	Oberösterr. Germanen Wien
Thuringia Braunschweig	Frankonia Heidelberg	Alemannia München	Olympia Wien
Glückauf Clausthal	Normannia Heidelberg	Arminia-Rhenania München	Moldavia Wien
Suevia Brünn Coburg	Halle-Leobener Germania	Carolina Prag zu München	Silesia Wien
Germania Darmstadt	Brixia Innsbruck	Cimbria München	Adelphia Würzburg
Brandenburgia Dortmund	Suevia Innsbruck	Danubia München	Cimbria Würzburg
Rhenania-Salingia D'dorf	Arminia a. d. B. Jena	Elektra Teplitz München	Germania Würzburg
Cheruscia Dresden	Germania Jena	Franco-Bavaria München	
Frankonia Erlangen	Teutonia Jena	Stauffia München	
FL Arminia	Tuiskonia Karlsruhe	Sudetia München	



## Aktivitates

Alania Aachen	Alemannia Friedberg	Germania Kassel	Sudetia München
Libertas Brünn Aachen	Ascania Friedberg	Alemannia Königsberg Kiel	Franconia Münster
Teutonia Aachen	Alemannia Gießen	Krusenrotter Kiel	Markomania Wien Passau
Thessalia Prag in Bayreuth	Dresdensia-Rugia Gießen	Alemannia Köln	Suevia Brünn Regensburg
Arminia Berlin	Germania Gießen	Germania Köln	Teutonia Prag Regensburg
Gothia Berlin	Hannovera Göttingen	Wartburg Köln	ARB! Obotritia
Märker Berlin	Holzmina Göttingen	Rheno-Alemannia Konstanz	Redaria-Alemannia Rostock
Thuringia Berlin	Allemannia Graz	Cruxia Leben	Ghibellinia Prag Saarbrück.
Normannia-Nibel. Bielefeld	Arminia Graz	Leder Leoben	Thuringia Siegen
Arminia Prag zu Bochum	Carniola Graz	Arminia Leipzig	Alemannia Stuttgart
Frankonia Bonn	Germania Graz	Germania Leipzig	Ghibellinia Stuttgart
Marchia Bonn	Markomania Greifswald	Normannia zu Leipzig	Hilaritas Stuttgart
Norddt. u. Nieders. Bonn	Rugia Greifswald	Plessavia Leipzig	Hohenheimia Stuttgart
Raczeks zu Bonn	Germania Hamburg	Cimbria Lemgo	Germania Trier
Alemannia Braunschweig	Germania Königsberg	Arminia Czernowitz Linz	Arminia Straßb. Tübingen
Arminia-Gothia Braunsch.	Hanse-Alemannia Hamb.	Germania Halle zu Mainz	Germania Straßb. Tübingen
Germania Braunschweig	Arminia Hannover	Hanse Mannheim	Albia Wien
Thuringia Braunschweig	Germania Hannover	Germania Marburg	Aldania Wien
Glückauf Clausthal	Ghibellinia Leipzig Hann.	Normannia-Leipzig zu MR	Bruna Sudetia Wien
Suevia Brünn Coburg	Frankonia Heidelberg	Rheinfranken Marburg	Gothia Wien
Germania Darmstadt	Normannia Heidelberg	Teutonia-Germania MR	Libertas Wien
Cheruscia Dresden	Halle-Leobener Germania	Alemannia München	Oberösterr. Germanen Wien
Rhenania-Salingia D'dorf	Brixia Innsbruck	Arminia-Rhenania München	Olympia Wien
Frankonia Erlangen	Suevia Innsbruck	Cimbria München	Moldavia Wien
FL Arminia	Arminia a. d. B. Jena	Danubia München	Silesia Wien
Arminia Chemnitz	Germania Jena	Elektra Teplitz München	Adelphia Würzburg
Saxo-Silesia Freiburg	Teutonia Jena	Franco-Bavaria München	Cimbria Würzburg
Teutonia Freiburg	Tuiskonia Karlsruhe	Stauffia München	Germania Würzburg

